Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Jahresbericht

1996
1998

Inhalt

Vorwort 3

Die Aktivitäten des ZEI in der Aufbauphase 5

Forschung und Beratung 7
- Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“ 9
- Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“ 13
- Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“ 15
- Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“ 19
- Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“ 20
- Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“ 23
- Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ 26

Weiterbildung 29
- Aufbaustudium „Master of European Studies“ 29
- Junior Fellows Programm 31
- Bonn Graduate School of Economics 32
- Summer School in International Macroeconomics 32

Geschäftsführung und zentrale Einrichtungen 33

ZEI im Überblick 35
- Organisation und Ansprechpartner 35
- Mitarbeiter und Fellows 36
- Ausgewählte Veranstaltungen 39
- Publikationsreihen 45
- Pressespiegel (Auswahl) 48
- Kooperationspartner 50

Vorwort

Wir freuen uns, Ihnen heute den ersten Jahresbericht des Zentrums für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vorlegen zu können. Der Bericht dokumentiert die wichtigsten Aktivitäten des Zentrums in seiner Vorbereitungs- und Aufbauphase 1996 bis 1998.

Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Im Mittelpunkt der europapolitischen Entwicklung während des Berichtszeitraumes standen die Vorbereitung auf die Einführung des EURO, die Diskussion über die Agenda 2000 sowie die formelle Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit einer ersten Gruppe mittel- und osteuropäischer Reformstaaten und Zypern. Alle drei Vorgänge werden sich in ihrer Bedeutung auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und weit darüber hinaus auf Europa als Ganzes und auf Europas Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts mit langfristigen Folgen auswirken.

Die Europäische Union ringt derzeit um jene Reformen, die sie erweiterungs- und zukunftsfähig machen soll. Nach außen sieht sich die Europäische Union ungeahnten Hoffnungen und Erwartungen, aber auch neuen Herausforderungen gegenüber. Gefragt ist die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen wie nach außen, in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht. Nur zu häufig werden die geistigen Fragen nach den Wertvorstellungen und der Identität, nach Europas Dialog mit anderen Weltzivilisationen und der Rolle multikultureller Wirklichkeiten in Europa sowie an den Rändern Europas vernachläßigt.

Im Schnittpunkt dieser Spannungsfelder entwickelt das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) seine Beiträge zur Bewältigung ungelöster Probleme der europäischen Wirklichkeit. In den Bereichen

- Grundlagenforschung
- Politikberatung
- Aufbau innovativer postgradualer Ausbildungskonzepte

erarbeitet das Zentrum für Europäische Integrationsforschung auf der Basis eines gut vorangeschrittenen inneren Aufbau- und Konsolidierungsprozesses sein spezifisches Profil im Rahmen der internationalen Netzwerke von europawissenschaftlichen Forschungsinstituten.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung arbeitet interdisziplinär und mit dem Anspruch auf Praxisrelevanz. Die zentralen Themenstellungen der europäischen Politik während des Berichtszeitraumes sind Bestandteil der grundlegenden wie aktuellen Aktivitäten des ZEI. Darüber hinaus konnte mit dem Master of European Studies-Programm ein vielversprechender Eckpfeiler der angestrebten Entwicklung innovativer postgradualer Ausbildungskonzepte realisiert werden.

Vielfältige und vielschichtige Projekte und Programme werden in langfristig angelegten Forschungsprogrammen gebündelt und in den Forschungsgruppen des Zentrums für Europäische Integrationsforschung bearbeitet. In mul-

tidisziplinär und international besetzten Arbeits- und Studiengruppen sowie in vielfältigen Konferenzen, Workshops und Vortragsreihen werden politische, wirtschaftliche, rechtliche, soziale und kulturelle Fragen des europäischen Integrationsprozesses diskutiert als auch neue Forschungsthemen und neue Programmlinien entwickelt.

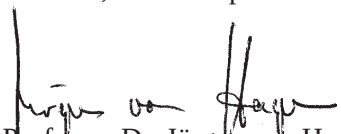
Große Aufmerksamkeit fanden auch bereits die verschiendenen Publikationsreihen des Zentrums, die die Arbeitsleistungen des ZEI dokumentieren und deren Inhalte in die internationale Diskussion einfließen.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung hat sich als Ort der Forschung und der Beratung, des Dialogs und der Diskussion etabliert und leistet seinen Beitrag zur Kräftigung des Wissenschaftsstandortes Bonn als einer internationalen und europäischen Stadt.

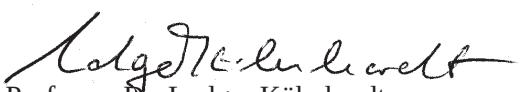
Der erfolgreiche Aufbau des ZEI wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen aus der Universität, des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen nicht möglich gewesen. Unser besonderer Dank gilt dem Rektor der Universität Bonn, Herrn Professor Klaus Borchard, und seinem Vorgänger, Herrn Professor Max Huber, sowie dem Kanzler, Herrn Dr. Reinhardt Lutz. Gemeinsam mit dem Senat, den Fakultäten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung der Universität haben sie sich intensiv und erfolgreich um die Planung und Umsetzung des Konzepts von ZEI bemüht. Wesentlich vorangetrieben hat den Aufbau des ZEI unser Geschäftsführer Dr. Hartmut Ihne, dem dafür unser Dank gilt.

Danken möchten wir auch dem leider zu früh verstorbenen Bonn-Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Staatssekretär a.D. Dr. Gerhard Konow, und seinem Nachfolger, Herrn Leitender Ministerialrat a.D. Kurt Seelmann. Unser weiterer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den beteiligten Bundesministerien. Ohne manche unkonventionelle Hilfe stünden wir heute nicht dort, wo wir stehen.

Nicht zuletzt gilt unser Dank allen Mitarbeitern, Partnern, Freunden und Förderern, die uns in unserer bisherigen Arbeit begleitet haben und uns auch weiterhin unterstützen. Sie alle tragen dazu bei, neue Perspektiven für die künftige Arbeit des ZEI zu entwickeln.



Professor Dr. Jürgen von Hagen
Direktor



Professor Dr. Ludger Kühnhardt
Direktor

Die Aktivitäten des ZEI in der Aufbauphase

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) wurde 1995 als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. Gemeinsam mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) bildet ZEI das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB). Grundlage ist der „Berlin-Bonn-Vertrag“ vom 29. Juni 1994, der den Ausbau der Region Bonn zu einem internationalen Wissenschaftsstandort und einem Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit vorsieht und hierfür Bundesmittel zur Verfügung stellt. In einem Konzept des Senates der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, das am 4. Mai 1995 in Abstimmung mit dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen verabschiedet wurde, sind die Ziele und Grundsätze des ZEI festgelegt worden (siehe nebenstehenden Kasten).

Die ersten Monate nach der Gründung waren vor allem durch allgemeine Aufbauarbeiten unter der Leitung des IWB-Geschäftsführers, Dr. Hartmut Ihne, mit Unterstützung durch das Rektorat der Universität Bonn geprägt.

In der Aufbauphase wurden eine Reihe von Veranstaltungen zur europäischen Integrationsforschung durchgeführt, die über die Grenzen Bonns hinaus Beachtung fanden und in verschiedenen Veröffentlichungen dokumentiert wurden.

Im Wintersemester 1995/96 wurde an der Universität Bonn eine Ringvorlesung zum Thema „Zukunftsprobleme des Mittelmeerraums“ durchgeführt. Insgesamt wurden 13 Vorträge von den Botschaftern aus 12 Mittelmeerländern gehalten. Aus der jeweiligen nationalen Perspektive erschlossen die Beiträge die Spannbreite der Aufgaben einer Partnerschaft zwischen den EU-Staaten und den südlichen Mittelmeerländern. Dabei wurden auch Konfliktlinien sichtbar, insbesondere der israelisch-arabische Konflikt, die Zypernfrage, die gespannte innere Situation in Algerien, das Verhältnis der westlichen Länder zur islamischen Welt sowie sozioökonomische Schwierigkeiten, Migrationsdruck und Waffen- und Drogenhandel.

Im Wintersemester 1996/1997 gestalteten renommierte Wissenschaftler aus verschiedenen Fakultäten der Universität Bonn auf Initiative des ZEI einen Vorlesungszyklus bestehend aus 13 Vorträgen zum Thema „Das Mittelmeer – Wiege der Europäischen Kultur“. Ausgangspunkt war das Verständnis, daß der im Unionsvertrag ausgesprochene Wille, die europäische Identität zu stärken, eine Vergegenwärtigung ihrer antiken Grundlagen unerläßlich macht. Im Rahmen der Vorträge kamen die kulturellen Fundamente der Identität Europas zum Ausdruck, die sich in allen wichtigen Lebensbereichen Europas, in Politik und Recht,

„Das ZEI hat als eine fach- und fakultätsübergreifende Einrichtung zum Ziel, Problemfelder politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Integrationsdisparitäten im regionalen wie gesamteuropäischen Kontext zu untersuchen. Das ZEI betreibt Grundlagenforschung im konzeptionellen Bereich, regt Integrationsforschung an und koordiniert diese Bemühungen innerhalb der Universität sowie nach außen hin. Das ZEI beteiligt sich an der Lösung konkreter Integrationsprobleme und dient zudem der Praxisberatung. Insgesamt versteht sich das ZEI als Plattform zur Diskussion grundsätzlicher Fragen, erarbeitet Konzepte, Hypothesen und Modelle. Als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis konzentriert sich das ZEI in besonderer Weise auch auf das ‚institution and capacity building‘ auf dem Gebiet der Integationsforschung in Europa. Seine so definierte Katalysatorfunktion kann das ZEI nur wahrnehmen durch konsequente Öffnung nach außen, Einbezug von Gastwissenschaftlern sowie durch enge Kooperation mit außeruniversitären Institutionen der Integrationsforschung, der Integrationspraxis und der Europäischen Union...“

**Hans-Peter Schwarz/
Karl Kaiser (Hg.):
„Die Zukunft des Mittelmeerraumes", Bonner Botschaftervorträge,
Bouvier Verlag, Bonn, 1997.**

**Klaus Rosen (Hg.):
„Das Mittelmeer – Die Wiege der europäischen Kultur",
Bouvier Verlag, Bonn, 1998.**

**Heiko Uecker (Hg.):
„Die Zukunft der nordischen Zusammenarbeit",
Bonner Botschaftervorträge,
Bouvier Verlag, Bonn, 1998.**

in Sprache und Literatur, in Philosophie und Religion wiederfinden.

Die Frage „Wie gestaltet sich heute die Kooperation im Norden Europas, und welche Rolle spielen die baltischen Staaten dabei?" stand im Mittelpunkt einer Ringvorlesung zum Thema „Die Zukunft der nordischen Zusammenarbeit", die im Sommersemester 1997 mit Unterstützung des ZEI an der Universität Bonn durchgeführt wurde. Die nordische Zusammenarbeit ist insbesondere angesichts unterschiedlicher Zugehörigkeiten dieser Länder zur EU und NATO für ein zusammenwachsendes Europa von großem Interesse. Die Ringvorlesung umfaßte Vorträge der Botschafter der fünf nordischen Länder, die auch in Buchform veröffentlicht wurden (siehe Kasten auf dieser Seite).

Am 1. Oktober 1996 begann mit der Übernahme der Leitung der Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen" durch Professor Dr. Jürgen von Hagen die Forschungstätigkeit am ZEI. Schwerpunkte der Arbeit dieser Abteilung in den ersten zwei Jahren waren die wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekte der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Darüber hinaus standen Fragen der Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas sowie Zyperns im Mittelpunkt des Interesses.

Die Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen" nahm am 1. Oktober 1997 unter der Leitung von Professor Dr. Ludger Kühnhardt ihre Arbeit auf. Die Aktivitäten konzentrieren sich seitdem vorrangig auf politik- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen im Kontext des politischen bzw. geistigen Selbstverständnisses Europas.

Zum 1. April 1999 wird die Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen", geleitet durch Professor Dr. Christian Koenig, ihre Tätigkeit aufnehmen. Damit werden die wirtschaftlichen sowie politischen und kulturellen Fragestellungen um die rechtliche Dimension der europäischen Integration ergänzt und runden das Profil des ZEI ab. Die unmittelbare Aufbauphase des ZEI ist mit der Besetzung der dritten Abteilung beendet.

Bonner General-Anzeiger 4./5.10.1997

Das vereinigte Europa vorausdenken

Neues Institut an der Universität soll Politik beraten und Graduierte ausbilden

Von Brigitte Linden

Am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in der Walter-Flex-Straße 3 hat in dieser Woche der zweite der insgesamt drei Institutsleiter seine Arbeit aufgenommen: Professor Ludger Kühnhardt, zuletzt Direktor des Seminars für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg, ist in seine frühere Wahlheimat zurückgekehrt.

zu erfüllen. Das ZEI, das zusammen mit dem Nord-Süd-Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) eine wichtige Rolle beim Ausbau Bonns zur Wissenschaftsstadt spielt und bis zum Jahr 2004 mit 60 Millionen Mark aus Ausgleichsgeldern finanziert wird, hat laut Kühnhardt drei Aufgaben: interdisziplinäre Grundlagenforschung zu Europa, Politikberatung sowie ein Postgraduierten- und Doktorandenstudium „mit der großen Möglichkeit, europakompetente Wissenschaftler und Praktiker auszubilden".

Gleich in der übernächsten Woche beginnt am ZEI ein „Junior Fellow Program", an dem 18 Doktoranden aus Deutschland, USA, Argentinien und Kasachstan teilnehmen werden. Geplant sind auch Gastforscherprogramme, die internationale Kapazitäten an den Rhein holen. Dabei betrachte sich das ZEI als „Diskussionsforum, in dem unbewältigte Fragen der europäischen Integration diskutiert werden, immer vorausdenkend, heiße Eisen schmiedend", betont Kühnhardt.

An die Studierenden und die Öffentlichkeit werden sich die Veranstaltungsreihen des ZEI richten. Das beginnt im kommenden Wintersemester mit einer von Kühnhardt und von Hagen moderierten Ringvorlesung mit den

Forschung und Beratung

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit des ZEI wird in thematisch ausgerichteten Forschungsgruppen geleistet. Diese umfassen jeweils mehrere Wissenschaftler aus verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die sich an gemeinsamen Fragestellungen orientieren. Diese Struktur fördert den Dialog von Wissenschaftlern der unterschiedlichen im Zentrum vertretenen Disziplinen und betont den Bezug der Arbeit des Zentrums zu den zentralen Fragen der konkreten Entwicklung der europäischen Integration.
Im Berichtszeitraum haben beide Abteilungen folgende Forschungsgruppen eingerichtet:

I. Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa. Ein herausragender Schwerpunkt der Arbeit dieser Forschungsgruppe lag in der Bewertung und den Problemen der Umsetzung der „Agenda 2000“ der Europäischen Kommission. Weitere Arbeiten bezogen sich auf Fragen der fiskalischen Verfassung Europas und der damit verbundenen Gestaltung eines fiskalischen Föderalismus’. Darüber hinaus behandelt diese Forschungsgruppe Fragen der Struktur und der Entwicklung anderer europäischer Institutionen wie Europarat und OSZE.

II. Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik. Diese Forschungsgruppe führt ein Projekt zur europäischen Verkehrspolitik durch. Darüber hinaus wurden Fragen der Umweltpolitik und der Regulierungspolitik im Umweltbereich bearbeitet.

III. Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa. Die Arbeit dieser Forschungsgruppe konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf die Gestaltung der Politik der Europäischen Zentralbank sowie auf die Erforschung der Bedeutung von Institutionen der Fiskalpolitik.

IV. Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung. Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf die Bedeutung von Arbeitsmarktinstitutionen, insbesondere im Hinblick auf die Flexibilität der Arbeitsmärkte.

V. Erweiterung der Europäischen Union. Diese Forschungsgruppe setzt sich mit den spezifischen Problemen der Erweiterung der EU auseinander. Gegenstand der Arbeit dieser Forschungsgruppe ist einerseits die Entwicklung von Beitrittsstrategien, andererseits die ökonomische und wirtschaftspolitische Dimension des Erweiterungsprozesses, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der Finanz- und der Arbeitsmärkte in den neuen Beitrittsländern.

VI. Europas Rolle in der Welt. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung dieser Gruppe beschäftigt sich mit der Rolle der Europäischen Union im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und der Handelspolitik der Union gegenüber anderen Ländern. Dazu gehört auch das Geflecht der Vertragsbeziehungen der Union gegenüber Drittländern und Gruppen von Drittländern. Die politikwissenschaftliche Forschung befaßt sich mit der Problematik der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, der politischen Rolle Europas und dem Verhältnis Europas zu den GUS-Staaten. Weitere Schwerpunkte sind der euro-mediterrane Dialog sowie die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die spezifischen europäischen Beiträge zur Konfliktbewältigung in der Welt.

VII. Europäische Identität und Dialog der Kulturen. Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Forschungsgruppe stehen Fragen der europäischen Identität und Wertbildungsprobleme sowie die Thematik des interkulturellen Dialogs.

Vortragen...

Zuhören...

Diskutieren...

...Impressionen aus dem ZEI

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird – neben zahlreichen Veranstaltungen zu spezifischen Fragestellungen der Forschungsgruppen – durch eine Reihe regelmäßig stattfindender Dialog- und Seminarreihen unterstützt und begleitet.

- Seit Ende 1997 wird wöchentlich ein „ZEI Europadialog“ durchgeführt. Die „ZEI Europadialoge“ führten im Berichtszeitraum über 2000 Besucher in das ZEI und boten Gelegenheit zu institutionen- und fachübergreifenden Diskussionen zu allen Themen der europäischen Integration.
- Im Rahmen des „ZEI Europaforums“ lädt das ZEI namhafte Redner aus der europäischen Politik ein, die in Vorträgen ihre Vorstellungen zu Fragen der europäischen Integration entwickeln und anschließend mit einem interessierten Fachpublikum diskutieren.
- Das „ZEI Seminar zur europäischen Wirtschaftspolitik“ führt Gastredner aus Deutschland und anderen Ländern zusammen, die mit Fachleuten aus Bonn und dem Umkreis Probleme der europäischen Wirtschaftspolitik diskutieren.
- Seit 1997 organisiert das ZEI gemeinsam mit dem Centre d’Etudes Prospectives et d’Informations Internationales (CEPII), Paris, das „Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum“, in dessen Rahmen Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik Themen der deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Wirtschaftspolitik miteinander erörtern.
- Im Juli 1998 hat das ZEI den „EMU Monitor“ ins Leben gerufen. Es handelt sich dabei um eine Gruppe namhafter europäischer Wirtschaftswissenschaftler, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kritisch zu begleiten und in zwei Pressekonferenzen pro Jahr öffentlich zu kommentieren.

Eine chronologische Übersicht der wichtigsten Veranstaltungen, die im Berichtszeitraum stattfanden, findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“.

Die Ergebnisse der Arbeiten der Forschungsgruppen werden durch die Schriftenreihen des ZEI nach außen dokumentiert. Als ZEI-Policy Paper, Working Paper oder Discussion Paper veröffentlichte Ergebnisse der Arbeit am ZEI werden international verbreitet und leisten damit Beiträge zu laufenden Diskussionen.

Seit Ende 1998 gibt das ZEI in Zusammenarbeit mit dem NOMOS-Verlag in Baden-Baden eine eigene Schriftenreihe heraus („Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“), die sich auf kultur- und politikwissenschaftliche Fragestellungen konzentriert. Die Herausgabe einer weiteren Schriftenreihe, die sich mit wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen der europäischen Integration beschäftigt, ist in Zusammenarbeit mit einem namhaften internationalen Verlag in Planung.
Eine Übersicht über alle bislang erschienenen ZEI-Publikationen findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“.

Veranstaltungen und Publikationen sind wertvolle, unterstützende Instrumente der Forschungs- und Beratungsarbeit am ZEI. Sie tragen dazu bei, den Dialog mit Politk, Wissenschaft und Praxis zu intensivieren, die eigene Arbeit zu reflektieren, sich abzeichnende Herausforderungen aufzugreifen, gezielte Beratungsarbeit zu leisten und neue Programmleitlinien, Forschungsgruppen und Projekte zu entwickeln.

Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Im Bereich der Forschungsgruppe „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“ werden sowohl Fragen der „Vertiefung“ als auch der „Erweiterung“ der Europäischen Union in institutioneller wie in politikfeldbezogener Weise behandelt. Darüber hinaus sind Fragen im Zusammenhang mit Struktur und Zukunft der anderen europäischen Institutionen – wie Europarat oder OSZE – Gegenstand der Beschäftigung dieser Forschungsgruppe.

Herausragender Mittelpunkt der Aktivitäten der Forschungsgruppe war eine zweitägige Konferenz zur AGENDA 2000 im Mai 1998, die mit einem weit beachteten und von mehreren hundert Zuhörern besuchten „ZEI Europaforum“-Vortrag des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Santer, eröffnet wurde. Am nachfolgenden Tag diskutierten Wissenschaftler, Politiker und Beamte aus mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Reformpaket der Kommission „AGENDA 2000“ für die Europäische Union und für Deutschland. Die Abhandlungen und Vorträge fanden ihren Niederschlag in dem von Peter Wittschorek edierten Band „AGENDA 2000. Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland“.

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander derzeit einen breiten Raum ein. Konkret geht es um die Frage, wie unterschiedliche Systeme, z.B. der Arbeitsmarktregulierung, in den Mitgliedsländern nebeneinander bestehen können und inwieweit eine Harmonisierung und Koordination der nationalen Wirtschaftspolitik in der EU erforderlich ist. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Systemwettbewerb ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen Anbietern eines Gutes. Diese Analogie verleitet zu dem Schluß, daß Systemwettbewerb dazu führt, daß sich das jeweils beste nationale Regulierungssystem bewährt. Das populäre Argument hält jedoch einer kritischen Überprüfung nicht stand. Anders als auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen gibt es auf dem Markt für Regulierungssysteme weder klare wirtschaftliche oder politische Erfolgsanreize, noch wohldefinierte Zutritts- und Austrittsrechte.

In der finanzpolitischen Literatur hat die Analyse des Steuerwettbewerbs eine lange Tradition. Diese Analyse betrachtet den Wettbewerb „kleiner“ Regierungen um mobile Steuerzahler in einem einheitlichen Markt und kommt zu dem Ergebnis, daß Wettbewerb zu ineffizient niedrigen Steuersätzen und einer Unterversorgung mit öffentlichen Gütern führt. Diese Literatur führt zu dem Schluß, daß die Europäische Union ein größeres Maß wirtschaftspolitischer Koordination und Harmonisierung benötigt.

Eine den spezifischen Bedingungen der EU angemessene Analyse dieses Problems befindet sich noch in der Entwicklung. Wirtschaftspolitische

Jacques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, am 26.5.1998 in der Universität Bonn

Panel-Diskussion „Agenda 2000“, 27.5.1998, Moderator: Joachim von Braun (ZEF)

Günter Verheugen, seit Herbst 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt, ZEI Europadialog 16.6.1998

Jonathan Carr, Deutschland-Korrespondent des „Economist“, liest aus seiner Biographie über Gustav Mahler, 12.11.1998

Werner Fasslabend, österreichischer Bundesminister für Verteidigung, 12.11.1998

Arbeiten der Forschungsgruppe zu diesem Thema beschäftigen sich v.a. mit der Frage nach einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb. Dr. Martin Seidel, Senior Fellow am ZEI, betrachtet in seinem Arbeitspapier diese Frage vor allem unter juristischen Aspekten. Professor Larry Davidson, der sich im August 1998 zu Forschungszwecken am ZEI aufhielt, berichtet in seinem Arbeitspapier von den Erfahrungen amerikanischer Staatsregierungen in der Koordination wirtschaftspolitischer Programme. Ein Arbeitspapier von Professor Jürgen von Hagen, Direktor am ZEI, beschäftigt sich mit der Frage der Koordinierung der Fiskalpolitik vor dem Hintergrund der besonderen Erfordernisse der Währungsunion. Alle drei Beiträge kommen zu dem Schluß, daß die Europäische Union eine adäquate Wettbewerbsordnung und geeignete Institutionen benötigt, um sicherzustellen, daß das Nebeneinander verschiedener wirtschaftspolitischer Systeme zu effizienten Ergebnissen führt. Im Hinblick auf die Fiskalpolitik in der Währungsunion kommt Professor von Hagen in seinem Beitrag zu der Forderung nach einem Wirtschaftspolitischen Rat der EWU, der Leitlinien und Prinzipien der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern entwickeln soll.

Der britischen EU-Präsidentschaft während des 1. Halbjahres 1998 war ein „ZEI Europaforum“ mit dem britischen Europaminister Doug Henderson gewidmet. Professor Dr. William Paterson, Direktor des Center for German Studies der Universität Birmingham, hielt einen Vortrag zum Thema „Neues Britannien – Neue Europapolitik?“.

Der österreichischen Präsidentschaft des 2. Halbjahres 1998 war ein internationaler Workshop „Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner“ gewidmet, der am 12. November 1998, dem 80. Jahrestag der Republik Österreich, am ZEI stattfand. Gastredner waren unter anderem Dr. Erhard Busek, Vorstand des Instituts für den Donauraum in Mitteleuropa, Frau Professor Dr. Erika Weinzierl, Universität Wien, Georg von Habsburg, Sonderbotschafter Ungarns für Angelegenheiten der Europäischen Union, und Dr. Werner Fasslabend, Bundesminister für Landesverteidigung, Wien. Der Workshop fand auch in den österreichischen Medien Beachtung. Die europapolitischen Diskussionen wurden um kulturwissenschaftliche Aspekte erweitert, die sich auf Selbstverständnis und Wandel der Identität des österreichischen Kulturraums bezogen; Jonathan Carr, Deutschland-Korrespondent des “Economist” las aus seiner Biographie über Gustav Mahler, ergänzt durch eine Interpretation von Liedern des Komponisten durch Ulrich Schütte (Bariton) und Georg Holt (Klavier). Das Projekt wird, ergänzt durch weitere wissenschaftliche Beiträge, in einem von Dr. Matthias Pape edierten Band der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ dokumentiert.

Die Eurpoavorstellungen ihrer Parteien stellten im Rahmen des „ZEI-Europadialoges“ Günter Verheugen, Staatsminister im Auswärtigen Amt (SPD); Karl Lamers, MdB, (CDU/CSU-Fraktion) und Christian Sterzing, MdB, (Bündnis 90/Die Grünen) vor.

Botschafter Dr. Dietrich von Kyaw, ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Kommission, trug in einem „ZEI Europadialog“ Mitte Dezember 1998 die „Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Europäischen Rates in Wien“ vor. Seine auch vom Fernsehsender „Phoenix“ ausgestrahlten Ausführungen sind als Discussion Paper veröffentlicht worden.

Zu einem „Europakolloquium“ trafen sich im November 1998 in Maria Laach Junior Fellows und frühere Doktoranden von Pro-

fessor Dr. Ludger Kühnhardt, um über die Erwartungen an die im ersten Halbjahr 1999 anstehende deutsche EU-Präsidentschaft zu diskutieren. Die Einführungsvorträge hielten Professor Dr. Rudolf Hrbek, Universität Tübingen, Finnlands Botschafter in Deutschland, Arto Mansala, und der Deutschland-Korrespondent des „Figaro“, Jean-Paul Picaper. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden als Discussion Paper veröffentlicht werden.

Wenige Tage vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 1999 publizierten die Direktoren bzw. leitenden Mitarbeiter der fünf maßgeblichen außen- und europapolitischen Forschungsinstitute Deutschlands (Dr. Christoph Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Mathias Jopp, Institut für Europäischen Politik, Josef Janning, Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP), Professor Dr. Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Professor Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI) unter dem Titel „Es geht um Deutschlands internationale Autorität. Herausforderungen an die EU-Präsidentschaft 1999“ eine von Perspektivvorschlägen gestützte Lageanalyse in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Die Perspektiven der spanischen und deutschen Vorstellungen für die Ausgestaltung der Europäischen Union während der nächsten zehn Jahre standen im Mittelpunkt eines Workshops, den das ZEI zusammen mit der führenden außenpolitischen Zeitschrift Spaniens, Política Exterior, dem außenpolitischen Forschungsinstitut Instituto de Cuestiones Internacionales y Política Exterior (INCIPE) und der Deutschen Botschaft im Oktober 1998 in Madrid durchführte. Unter der Schirmherrschaft des spanischen Kronprinzen, S.E. Felipe Prinz von Asturien, und unter Teilnahme von EU-Kommissar Marcelino Oreja, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen, sowie des Präsidenten des Ausschusses der Regionen der EU, Professor Dr. Manfred Dammeyer, diskutierten Wissenschaftler, Beamte und Politiker beider Länder die Grundparameter des Entwicklungsweges der Europäischen Union in den nächsten zehn Jahren. Die Ergebnisse der Konferenz werden Eingang in die „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ finden, bereichert durch zusätzliche, exklusiv verfaßte Beiträge kompetenter Wissenschaftler, darunter des stellvertretenden Direktors des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Professor Dr. Joachim Krause, und des Leiters der Forschungsgruppe Europa des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) der Universität München, Josef Janning.

Am Center for European Studies der Universität Limerick führte das ZEI, repräsentiert durch Dr. Jürgen Elvert, Universität Kiel und Senior Fellow am ZEI, im Oktober 1998 Historiker und Zeitgeschichtler aus jenen neun Ländern zusammen, die nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 bis zum Jahr 1995 sukzessive der Europäischen Integrationsgemeinschaft beigetreten waren. Anläßlich des Workshops wurde das Profil und Inhaltsraster von Handbüchern vereinbart, die in den kommenden zwei Jahren verfaßt werden sollen. Auf diese Weise werden etwa einhundert Wissenschaftler aus den Ländern Dänemark, Irland, Großbritannien, Spanien, Portugal, Griechenland, Finnland, Österreich und Schweden Grundfragen des Wechselverhältnisses zwischen der inneren Entwicklung ihres Heimatlandes und den europäischen Prozessen wissenschaftlich aufarbeiten. Dabei geht es vor allen Dingen um die Frage, welche Auswirkungen die bevorstehende Mitgliedschaft in der Europäischen Integrationsgemeinschaft und die unmittelbaren Auswirkungen nach der Mitgliedschaft auf die jeweiligen Länder, respektive auf die Einfluß- und Aus-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung“ (Auswahl)

Frank Ronge: „Legitimität durch Subsidiarität. Der Beitrag des Subsidiaritätsprinzips zur Legitimation einer überstaatlichen politischen Ordnung in Europa“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Band 1, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1998.

Peter Wittschorek: „AGENDA 2000. Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Band 8, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1998.

Stephan Kux: „Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?“, ZEI Discussion Paper C-3, Bonn, 1998.

Doug Henderson: “The British Presidency of the EU and British European Policy“, ZEI Discussion Paper C-7, Bonn, 1998.

Thanos Veremis: “Greece, the Balkans and the European Union“, ZEI Discussion Paper C9, Bonn, 1998.

Marcus Höreth: “The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy“, ZEI Discussion Paper C-11, Bonn, 1998.

Christoph Bertram, Josef Janning, Mathias Jopp, Karl Kaiser, Ludger Kühnhardt: „Es geht um Deutschlands internationale Autorität“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 298 vom 23.12.1998.

Anthony Nicholls: „Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?“, ZEI Discussion Paper C-16, Bonn, 1998.

Martin Seidel: „Der Wettbewerb der Rechts- und politischen Systeme in der Europäischen Union“, ZEI Policy Paper B98-10, Bonn, 1998.

gestaltungsmöglichkeiten des Verhältnisses der Länder im Blick auf die jeweils weitere europäische Integrationsentwicklung gehabt haben. Mit diesem Forschungsprojekt soll die Grundlage für mögliche künftige wissenschaftliche Forschungen im Zusammenhang mit den anstehenden Erweiterungen der Europäischen Union um erste Transformationsländer Mitteleuropas gelegt werden.

Zu den Eigentümlichkeiten der europäischen Integration gehört die Entwicklung eines Geflechts von regionalen Integrationsgruppen im Laufe der letzten 40 Jahre. Diese Gruppen umfassen Mitglieder und Nichtmitglieder der EU (z. B. die Nordische Integration), sowie Teilgruppen der EU (z. B. das Schengen-Abkommen), oder auch die EU als Vertragspartner gemeinsam mit anderen Ländern (z. B. im Mittelmeerraum). Die Vielfältigkeit dieses Geflechts wirft die Frage auf, wie die Beziehungen der Integrationsgruppen untereinander geregelt werden sollten und ob sich eine Vertiefung der Integration in der Zukunft eher in kleinen Gruppen vollzieht oder auf der Ebene der EU.
Zu diesen Fragen veranstaltete das ZEI im November 1998 in Zusammenarbeit mit dem Centre for Economic Policy Studies (CEPR), London, und der Yvrö Jahnsson Stiftung, Helsinki, eine Tagung zu dem Thema „Regionalism in Europe“. Professor Bruno Frey (Zürich) stellte bei dieser Gelegenheit sein Modell einer Verfassung für Europa vor. In diesem Modell steht es allen Mitgliedstaaten frei, für bestimmte Bereiche der Wirtschaftspolitik „Integrationsfoci“ zu bilden, d. h. Gruppen, die sich selbst Regeln der Zusammenarbeit definieren und untereinander im Wettbewerb stehen können. Professor Frey vertrat die Ansicht, daß ein solches Modell die Vielfältigkeit der Traditionen und Kulturen in Europa optimal berücksichtigt und damit den wesentlichen Faktor der weltwirtschaftlichen Stärke Europas fördert. Andere Teilnehmer kritisierten, daß eine spontane Bildung von „Foci“ die Integration in anderen Bereichen behindern könne und daher eine Ordnung des Wettbewerbs nötig sei.

Empirische Beiträge zu dieser Tagung versuchten unter anderem, den Erfolg der europäischen Regionalpolitik zu messen und die Beziehungen der EU zu den Entwicklungsländern zu analysieren. André Sapir (Freie Universität Brüssel) zeigte in seiner empirischen Untersuchung, welche handelspolitischen Faktoren die Bildung von regionalen Integrationsgruppen fördern. Die Ergebnisse dieser Tagung werden in Buchform veröffentlicht.

Josef Janning (CAP), Joachim Krause (DGAP), Kronprinz Felipe von Spanien und Ludger Kühnhardt (ZEI) im Oktober 1998 in Madrid

Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Handel und Wettbewerb auf den europäischen Märkten für Güter und Dienstleistungen bilden den Kern der wirtschaftlichen Integration Europas. Dieser Kern ist symbolisiert durch den Begriff des „Einheitlichen Europäischen Marktes“. Die Forschungsgruppe am ZEI beschäftigt sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Integration auf der Mikroebene, d.h. die Entwicklung der Wettbewerbs- und Regulierungspolitik und der Marktbedingung, wie sie etwa durch die Infrastrukturpolitik der Europäischen Union geschaffen werden.

In einem Markt der geographischen Dimension der EU spielen offensichtlich Transportkosten eine wichtige Rolle in der Bestimmung der Wettbewerbsbedingungen. Schon früh hat die EU daher eine Transportpolitik entwickelt, die einerseits den Wettbewerb auf den Transportmärkten reguliert, andererseits die Herstellung und Nutzung der Verkehrswege in Europa gestaltet. Das Nebeneinander nationaler und europäischer Verkehrspolitik hat im Laufe der Zeit zu einem wahren Dickicht an Bestimmungen und Maßnahmen geführt, deren Einzelheiten und Ergebnisse kaum noch zu überblicken sind. Ein erstes Projekt dieser Forschungsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, durch die Erarbeitung eines „Handbuchs der Europäischen Verkehrspolitik“ eine Bestandsaufnahme dieses Politikbereichs zu liefern und damit Überlegungen für seine künftige Weiterentwicklung auf eine solide Basis zu stellen.

Ein zweiter, zentraler Regulierungsbereich auf allen europäischen Märkten betrifft den Umweltschutz. Wie kaum ein anderes Gebiet der Wirtschaftspolitik ist die umweltpolitische Diskussion geprägt von einem weiten Auseinanderklaffen theoretischer und ideologischer Vorstellungen und Konzepte einerseits und empirisch gestützter Analysen der konkreten Ergebnisse umweltpolitischer Maßnahmen andererseits. Gerade in Europa mangelt es noch deutlich an empirischer Erforschung der Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen. Die Forschungsgruppe am ZEI verfolgte die Aufgabe, durch Diskussion und Erfahrungsaustausch zwischen europäischen und US-amerikanischen Umweltökonomen zur Behebung dieses Mangels beizutragen. Ein Ergebnis dieses Projekts ist die Einsicht, daß aufgrund methodologischer Unterschiede und der unterschiedlichen Datensätze, die in der Analyse verwendet werden, die Vergleichbarkeit von Forschungsergebnissen einzelner Forschergruppen in verschiedenen europäischen Ländern nur mangelhaft gegeben ist. Integration der Forschungsaktivitäten zur Verbesserung der wissenschaftlichen Diskussion ist eine Aufgabe, die amerikanische Wissenschaftler für sich schon länger gelöst haben.

Eine zentrale Frage der Regulierungspolitik im Umweltbereich ist, inwieweit der Staat Unternehmen Auflagen machen muß und inwieweit umweltpolitische Ziele auch durch eigene Initiativen von Unternehmen erreicht werden können. Auch diese Frage ist in dem Projekt dieser Forschungsgruppe diskutiert worden. Erfahrungen aus den USA zeigen, daß die Androhung umweltpolitischer Maß-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Wettbewerbs- und Regulierungspolitik“ (Auswahl)

Jürgen von Hagen und Michele Fratianni: “Banking Regulation with Variable Geometry“, in: Barry Eichengreen and Jeffrey Frieden (Hrg.): „Forging an Integrated Europe“, Michigan University Press, Ann Arbor, 1998.

Thomas P. Lyon und John Mayo: “Liberalising European Markets for Energy and Telecommunications: Some Lessons from the US Electric Utility Industry“, ZEI Policy Paper B97-03, Bonn, 1997.

John W. Maxwell: “Designing Voluntary Environmental Agreements in Europe: Some Lessons from the U.S. EPA‘s 33/50 Program“, ZEI Policy Paper B98-07, Bonn, 1998.

Beth Almeida: “The International Division of Labor in the Aircraft Engine Industry“ (forthcoming)

Beth Almeida: “Strategy, Learning and Competition in the Commercial Jet Engine Industry: Mapping the Evolution of Global Networks” (forthcoming)

Beth Almeida: “European High Technology: Strategy, Learning and Competition in Aircraft Engine Manufacturing”, Center for European Studies, Harvard University (forthcoming)

nahmen oft ausreicht, um Unternehmen zu veranlassen, Umweltschutzmaßnahmen zu tätigen. Der Vorteil einer solchen Strategie liegt in der größeren Flexibilität, mit der für das Unternehmen bzw. die betroffenen Industrien Lösungsansätze gefunden werden können.

Professor Thomas P. Lyon von der Indiana University folgte Mitte 1997 einer Einladung des ZEI und beschäftigte sich im Rahmen eines sechswöchigen Gastaufenthaltes als Senior Fellow mit Fragen der Umwelt- und Regulierungspolitik. Mit diesem Thema befaßte sich auch Professor John Maxwell von der Indiana University, der im ersten Halbjahr 1998 Senior Fellow des ZEI war. Anfang Juli 1998 organisierte er am ZEI einen zweitägigen Workshop zum Thema „Empirical Studies of Environmental Policy“. Teilnehmer des Workshops waren international ausgewiesene Umweltökonomen aus Deutschland, Westeuropa und den USA. Schwerpunkt des Workshops war die Diskussion der Ergebnisse empirischer Studien zu den Folgen umweltpolitischer Maßnahmen in den USA und Europa.

Insgesamt zeigt dieses Projekt, daß die Europäische Union auf dem Gebiet wirtschaftspolitischer Regulierung sowohl in der empirischen Forschung als auch in der Entwicklung von Politikansätzen, die der Unterschiedlichkeit der Unternehmen und Wirtschaftsverhältnisse in den Mitgliedsländern angemessen sind, von den Erfahrungen der USA lernen kann. Der Austausch in diesem Bereich wird daher auch in der Zukunft von großem Nutzen sein.

Professor Robert Hauswald, Indiana University, hielt sich von Mitte Juli bis Mitte August 1998 als Senior Fellow am ZEI auf und arbeitete zum Thema „Bankenregulierung und Finanzmarktentwicklung“. Frau Beth Almeida von der University of Massachusetts und INSEAD, Fontainebleau, beschäftigte sich im letzten Quartal des Jahres 1998 als Junior Fellow am ZEI mit der Entwicklung der Europäischen Flugzeugindustrie.

Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Die Forschungsarbeiten dieser Forschungsgruppe standen im Berichtszeitraum ganz unter dem Einfluß des nahenden Beginns der Europäischen Währungsunion (EWU). Eine erste, kritische Fragestellung lag in dem Problem der Umstellung der nationalen Währungen auf den EURO zu Beginn der Währungsunion. Die vertraglichen Bestimmungen hatten diese Frage nicht hinreichend beantwortet. Ziel des Konversionsverfahrens mußte es sein, im Vorlauf der Währungsunion spekulative Wechselkursbewegungen und Krisen möglichst zu vermeiden und gleichzeitig den grundlegenden ökonomischen Bedingungen Rechnung zu tragen. Anfang 1997 erarbeitete ein Team von Ökonomen gemeinsam mit Professor Jürgen von Hagen, Direktor am ZEI, eine Lösung für dieses Problem. Grundlage dieser Lösung war die Ankündigung der Konversionskurse bereits weit im Vorfeld des Beginns der EWU, um die Erwartungen der Marktteilnehmer hinreichend zu verankern. Die Glaubwürdigkeit dieser Ankündigung sollte auf der ökonomischen Angemessenheit der Kurse und der Elimination jeglichen Spielraums für politische Manipulationen kurz vor dem Start der EWU gesichert werden. Die Erfahrungen des Europäischen Währungssystems hatten hingegen gezeigt, daß enge Wechselkursbänder letztlich destabilisierend wirken, da sie fast risikofreie Spekulation ermöglichen. Der Vorschlag dieses Teams, der in einem Band des Center for Economic Policy Research (EMU: Getting the End-game Right, CEPR, London, 1997) erschien, wurde von den Regierungen der EWU Teilnehmerländer schon im Sommer 1997 aufgegriffen und bildete die Grundlage für das erfolgreiche Konversionsverfahren.

Die Entwicklung der geldpolitischen Institutionen und der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bildete einen zweiten Schwerpunkt der Arbeit dieser Forschungsgruppe im Berichtszeitraum. Dabei ging es einerseits um die Frage, wie die neue Zentralbank Glaubwürdigkeit im Hinblick auf eine konsequent am Ziel der Preisstabilität ausgerichtete Politik gewinnen kann. Die Wissenschaftler am ZEI vertreten die Ansicht, daß die Voraussetzungen für eine geldmengenorientierte Politik in der Währungsunion gegeben sind und daß durch eine solche Strategie die Europäische Zentralbank (EZB) die historisch erwiesene Glaubwürdigkeit der

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“ (Auswahl)

David Begg, Jürgen von Hagen, Charles Wyplosz und Klaus Zimmermann (Hrg.): “Economic Policy Band 26“, Sonderband zur Europäischen Währungsunion, Basil Blackwell, Oxford, April 1998.

David Begg, Jürgen von Hagen, Charles Wyplosz und Klaus Zimmermann (Hrg.): “EMU: Prospects and Challenges for the Euro“, Basil Blackwell, Oxford, 1998.

Jürgen von Hagen, Charles Wyplosz, David Begg und Francesco Giavazzi: “Getting the End-game Right.“ Monitoring European Integration Vol. 7, CEPR, London, 1997, übersetzt als “Moneta unica europea”, Il Mulino, Bologna, 1997.

Jürgen von Hagen, Roberto Perotti und Rolf Strauch: “Sustainable Public Finances“, CEPR, London, 1998.

Jürgen von Hagen, Michele Fratianni und Christopher Waller: “Central Banking as a Political Principal Agent Problem”, Economic Inquiry 35, Western Economic Association, Huntington Beach, 1997.

Jürgen von Hagen: “Monetary Policy and Institutions in the EMU”, Swedish Economic Policy Review 4, Economic Council of Sweden, 1997.

Jürgen von Hagen, Tamim Bayoumi und Barry Eichengreen: “European Monetary Unification: Implications of Research for Policy, Implications of Policy for Research”, Open Economies Review 8, Kluwer, Dordrecht - Boston, 1997.

Bundesbank übernehmen könne. Die EZB ist in ihrer Strategieformulierung im Herbst 1998 diesen Vorstellungen weitgehend gefolgt.

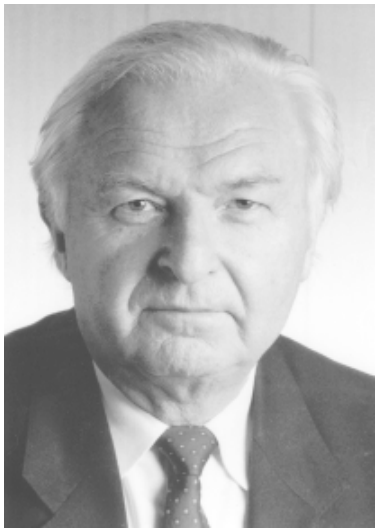
Ein drittes Forschungsgebiet dieser Gruppe ist die Rolle der Fiskalpolitik in der Währungsunion. Eine wichtige Frage ist, ob die Währungsunion strenger Auflagen bedarf, die die Handlungsfähigkeit der nationalen Finanzpolitik einschränken. Die Wissenschaftler dieser Forschungsgruppe beurteilen die Durchsetzungsmöglichkeiten solcher Auflagen in der EWU skeptisch und plädieren daher für eine Verbesserung der fiskalpolitischen Institutionen in den Mitgliedsländern. Eine Studie dieser Forschungsgruppe zur langfristigen Stabilität der Finanzpolitik in der EWU zeigt, daß die Kriterien des sogenannten Stabilitätspaktes nicht geeignet sind, um ein hohes Maß fiskalischer Stabilität zu sichern. Empirische und theoretische Arbeiten dieser Gruppe und anderer Ökonomen haben dagegen gezeigt, daß eine angemessene Gestaltung der fiskalischen Entscheidungsprozesse geeignet ist, langfristige Stabilität der Staatsfinanzen zu erreichen.

Das vierte Forschungsfeld dieser Gruppe berührt ebenfalls die Fiskalpolitik in der Währungsunion. Hier geht es um die Frage, ob die Währungsunion zur Abwehr von wirtschaftlichen Störungen, die einzelne Länder, aber nicht die Union insgesamt betreffen, eines Transfermechanismus‘ bedarf, der Einkommen und Kaufkraft von relativ prosperierenden Mitgliedern in Länder transferiert, die sich in einer relativen Rezessionsphase befinden. Die Forderung nach einem solchen Mechanismus hat in der europäischen Debatte um die Währungsunion eine lange Tradition, die mit dem MacDougall-Report von 1975 beginnt. Neuere Forschungsarbeiten widerlegen dagegen die grundlegende Behauptung der Befürworter eines Transfermechanismuses, daß derartige Mechanismen in allen großen Währungsgebieten existieren und ihre Stabilität sichern. Empirisch zeigt sich, daß Transfermechanismen sehr anfällig sind gegenüber Änderungen im Design und wirtschaftliche Störungen sogar verstärken können. Anhand eines theoretischen Modells weisen Arbeiten dieser Forschungsgruppe nach, daß ein solcher Mechanismus den Bemühungen der gemeinsamen Geldpolitik um eine Stabilisierung der EWU Wirtschaft entgegenstehen kann.

Als Auftaktveranstaltung der Forschungsarbeit des ZEI fand am 27. und 28. Juni 1997 eine Tagung zum Thema ”Fiscal Institutions and Fiscal Performance” statt, in deren Zentrum die Frage stand, welchen Einfluß die Gestaltung von fiskalpolitischen Institutionen auf das Finanzgebahren von Regierungen hat. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit dem National Bureau of Economic Research (NBER), Cambridge, Massachusetts, vertreten durch Professor James Poterba (MIT), durchgeführt. In ihrem einleitenden Referat faßten Alberto Alesina (Harvard) und Roberto Perotti (Columbia University) die Ergebnisse der neueren, institutionellen Forschung zu diesem Thema zusammen. Sie zeigten, daß Entscheidungsstrukturen im Haushaltsprozeß einer Regierung deren fiskalische Disziplin stark beeinflussen. Für die Europäische Union liegt hier eine bedeutende Alternative zu den numerischen Regeln des Stabilitätspaktes, dessen Durchsetzung in der Zukunft fraglich bleibt. Vergleichende Arbeiten aus Lateinamerika (Ernesto Stein, Interamerikanische Entwicklungsbank), Asien und Australien (Sandjay Pradhan, Weltbank), und Studien einzelner Länder Europas und Amerikas bestätigen die Ergebnisse dieser Forschung. Die Ergebnisse der Tagung sind in einem Band, der von Poterba und von Hagen für die University of Chicago Press herausgegeben wurde, veröffentlicht.

Eingeleitet wurde die Tagung durch eine Diskussionsveranstaltung zum Stabilitätspakt, die breites öffentliches Interesse fand.

Nach dem Eingangsreferat durch Professor Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen, diskutierten Michael Röskau (Bundesministerium der Finanzen), Antonio Fatas (Europäische Kommission) und Philippe Trainard (Französisches Finanzministerium) über die Aussichten des Stabilitätspaktes. Die Beiträge zu dieser Veranstaltung wurden als ZEI Policy Paper veröffentlicht.



Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen

Anfang Juli 1998 organisierte Dr. Rolf Strauch für das ZEI eine zweite Konferenz über ”Fiscal Policy and Fiscal Institutions”, bei der eine Reihe von jüngeren Wissenschaftlern aus Nordamerika und Europa ihre Arbeiten diskutierten. Diese Konferenz stellte die Bedeutung der politischen Rahmenbedingungen fiskalpolitischer Institutionen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Besondere Beachtung fanden zwei Beiträge über Reformen fiskalpolitischer Institutionen in Belgien (Dr. Georges Stienlet) und in Kanada (Professor Kenneth McKenzie), die zeigen, auf welche Weise es Regierungen gelingen kann, die Rationalität der Haushaltspolitik zu stärken und dadurch die Neigung zu anhaltenden Defiziten zu verringern. Professor Thomas Courchene (Queen’s University, Kanada) diskutierte in seinem Beitrag die fiskalpolitischen Aspekte eines Austritts Quebecs aus dem kanadischen Währungsraum. Professor Georg von Fürstenberg (Indiana University) bezog diese Analyse auf die Risiken eines Auseinanderbrechens der Europäischen Währungsunion. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden in Buchform veröffentlicht.

Die gemeinsame Währung in Europa verstärkt die Interdependenz der Wirtschaftspolitik der Teilnehmerstaaten auch in anderen Bereichen staatlichen Handelns. Eine funktionierende Währungsunion setzt darum voraus, daß in den Teilnehmerstaaten ein hohes Maß an gegenseitigem Verständnis und Austausch über wirtschaftspolitische Konzepte und Maßnahmen herrscht. Dies gilt besonders für die beiden Kernländer der EWU, Deutschland und Frankreich. Trotz der engen Zusammenarbeit dieser beiden Länder auf der höchsten Regierungsebene gibt es aber bisher auf der Ebene der wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger nur wenig Austausch über wirtschaftspolitische Themen.

Im Juli 1997 schufen ZEI und das Centre d’Etudes Prospectives et d’Informations Internationales (CEPII, Paris) das „Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum“ mit dem Ziel, regelmäßige Gespräche über gemeinsame wirtschaftspolitische Belange zwischen den beiden Ländern zu fördern. Teilnehmer sind jeweils etwa 40 Vertreter von Verbänden, Banken, Unternehmen, Gewerkschaften und Ministerien sowie Parlamentarier beider Länder. Die erste Tagung in Paris wurde von dem französischen Finanzminister Dominique Strauss-Kahn eröffnet. Inzwischen hat das Forum viermal getagt und dabei Themen der Wechselkurspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, Fragen der Steuerharmonisierung und der Koordination der Wirtschaftspolitik erörtert. Gastredner waren Staatssekretär Dr. Heiner Flassbeck, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, und Staatssekretär Dr. Horst Bünger.

Im April 1998 veranstaltete das ZEI auf Initiative der Italienischen Botschaft gemeinsam mit der Wirtschaftsuniversität Luigi Bocconi,

Jürgen von Hagen und George W. Hammond: “Regional Insurance Against Asymmetric Shocks in EMU”, in: J. O. Hairault, P.-Y. Hénin, and Franck Portier (Hrg.): “Business Cycles and Macroeconomic Stability“, Kluwer, Boston - Dordrecht, 1997.

George Hammond und Jürgen von Hagen: “Coping with Asymmetric Shocks in EMU: The Insurance Approach”, in: Otto G. Mayer and Hans-Eckart Scharrer (eds.): „Schocks und Schockverarbeitung in der Europäischen Währungsunion“, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1997.

Jürgen von Hagen und Manfred J. M. Neumann: „Entwurf für eine europäische Geld- und Währungspolitik“, Kredit und Kapital, Beiheft 14, Duncker und Humblodt, Berlin, 1998.

Jürgen von Hagen: “European Experience with Fiscal Initiatives: Fiscal Institutions, Maastricht Guidelines, and EMU”, in: Thomas J. Courchene and Thomas A. Wilson (Hrg.): “Fiscal Targets and Economic Growth”, Queen’s University, Kingston, 1998.

George W. Hammond und Jürgen von Hagen: “Regional Insurance Against Asymmetric Shocks – An Empirical Study for the EC”, The Manchester School 66, Manchester University Press, Manchester, 1998.

Bernd Hayo: “Simplicity in Econometric Modeling: Some Methodological Consideration”, in: Journal of Economic Methodology 5, Routledge, London, 1998.

Bernd Hayo: “Inflation Culture, Central Bank Independence, and Price Stability”, in: European Journal of Political Economy 14, Elsevier, Amsterdam, 1998.

Hans-Olaf Henkel, Päsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

Mario Monti, EU-Kommissar

Mailand, dem Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI), Mailand, und dem Institut für Europäische Politik (IEP), Bonn, ein „Deutsch-Italienisches Wirtschaftspolitisches Kolloquium". Dabei diskutierten der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Wolfgang Schäuble, der Verteidigungsminister von Italien, Professor Beniamino Andreatta, der Präsident des BDI, Hans-Olaf Henkel, Dr. Giorgio Fossa, Präsident des italienischen Industrieverbandes Confindustria und der EU-Kommissar Mario Monti vor rund 300 Gästen Aspekte der Globalisierung der europäischen Wirtschaft. Am zweiten Tag der Veranstaltung waren mehrere Panels hochrangiger Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter speziellen Themen der europäischen Wirtschaftspolitik, wie z.B. der Regulierung der Finanzmärkte in Europa, gewidmet.

Mit dem Beginn der Währungsunion in Europa hat die Europäische Zentralbank die Verantwortung für die Geldpolitik übernommen. Die Erfahrung zeigt, daß eine erfolgreiche Geldpolitik auf das Vertrauen des Publikums in die Stabilität der Währung beruht und daß eine Zentralbank dieses Vertrauen durch ständige Kommunikation mit dem Publikum fördern muß. In der neuen Währungsunion ist diese Kommunikation schwierig, da es eine formierte öffentliche Meinung in der Währungsunion heute nicht gibt. Die Zentralbank kann zwar mit der Finanzpresse im Gespräch stehen, deren Aufmerksamkeit liegt aber auf den ganz kurzfristigen Entwicklungen, auf die es für eine erfolgreiche Geldpolitik letztlich nicht ankommt.

Angesichts dieser Schwierigkeit schuf ZEI im Sommer 1998 den „EMU Monitor", eine Gruppe hochkarätiger Wirtschaftswissenschaftler aus mehreren Teilnehmerstaaten der EWU. Aufgabe dieser Gruppe ist es, die Geldpolitik der EZB durch regelmäßige Presseverlautbarungen kritisch zu begleiten und auf diese Weise der Zentralbank eine öffentliche Diskussion über ihre Absichten und Maßnahmen zu ermöglichen. Die Stellungnahmen und Analysen des EMU Monitors werden in Arbeitspapieren des ZEI und im Internet veröffentlicht. Mitglieder des EMU Monitors sind derzeit außer Professor Jürgen von Hagen (Bonn), Professor Manfred J. M. Neumann (Bonn), Professor Edward Bomhoff (Nijenrode), Professor Patrick Artus (Paris) und Professor Alessandro Penati (Mailand).

Paneldiskussion. V.l.: Francesco Giavazzi (Bocconi Universität), Christoph Engel (Max-Planck-Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter"), Severino Salvemini (Bocconi Universität), Gian Maria Gro-Pietro (IRI S.p.A.), Joachim Kröske (Deutsche Telekom).

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juli 1998

Wissenschaftler sprechen sich für Geldmengensteuerung in Europa aus

„EMU Monitor“ verwirft Inflationsziel als intransparent / Angestrebte Teuerungsrate ein bis zwei Prozent

itz. FRANKFURT, 9. Juli. Wirtschaftswissenschaftler aus vier europäischen Ländern haben der Europäischen Zentralbank (EZB) empfohlen, sich zum Zwecke der Preisstabilität am Geldmengenziel und nicht an einem Inflationsziel zu orientieren. Die fünf Wissenschaftler, die sich in der Vereinigung „EMU Monitor“ zusammengeschlossen haben, sagten am Donnerstag in Frankfurt, um die Teuerungsrate bei ein bis zwei Prozent jährlich zu halten, solle die EZB das Geldmengenziel auf drei Jahre festlegen. Diese Orientierung müsse mit einem Geldmengenkorridor für das erste Jahr kombiniert werden, der eine Spanne tolerierbarer Abweichungen vorgebe. Das Geldmengenziel solle sich auf ein Aggregat konzentrieren, das die Nachfrage nach Geld als Zahlungsmittel am besten wiedergebe. Welche Größe das sei (etwa die Geldmenge M 3), könne erst nach Angleichung der Aggregate und ihrer Berechnungsmethoden innerhalb des Euro-Raums festgelegt werden.

Eine Geldpolitik, die sich an einem festgelegten Inflationsziel in einem Zeitraum von zwei Jahren orientiert, birgt nach Ansicht der Ökonomen größere Unsicherheiten, da sie von vielen unvorhersehbaren Einflüssen in der Zukunft abhänge. Gerade innerhalb eines noch nicht vollständig harmonisierten Raums wie Europa sei die Datenbasis zu „wackelig“ („shaky“), um verläßliche Inflationsprognosen zu treffen, sagte der Sprecher der Gruppe, Jürgen von Hagen vom Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Auch sei die Berechnung und Überprüfung eines Geldmengenziels transparenter als Inflationsvorhersagen und stoße deshalb in der Öffentlichkeit und an den Märkten auf mehr Glaubwürdigkeit.

Hagen verwies auf das Beispiel der englischen Notenbank (Bank of England), die ein Inflationsziel verfolgt. Ihre Prognosen seien aufgrund der schwer nachvollziehbaren und oft nur unvollständig publizierten empirischen Grundlagen für Außenstehende schwer einzuschätzen. Mehr Glaubwürdigkeit erlange die EZB, wenn sie dem Beispiel der Deutschen Bundesbank und ihrer Geldpolitik folge. Übernähme die neue Notenbank die bewährte Strategie der Geldmengensteuerung, signalisierte das ihre Entschlossenheit, die Einheitswährung Euro genauso stabil zu halten wie die D-Mark. Demgegenüber könnte die Festlegung auf ein Inflationsziel in der Öffentlichkeit die Sorge schüren, der Euro sei ein Experiment mit ungewissem Ausgang.

Die Fachleute lehnen auch eine Verknüpfung von Geldmengen- und Inflationsziel ab. In diesem Punkt unterscheide man sich von Äußerungen aus dem Europäischen Zentralbankrat, sagte der Bonner Ökonom und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, Manfred J. M. Neumann. Ratsmitglieder hätten kürzlich den Eindruck erweckt, öffentliche Inflationsvorhersagen aus der EZB könnten in Situationen sinnvoll sein, in denen das Geldmengenwachstum das angestrebte Ziel aus unerklärlichen Gründen übersteige. Im ersten Bericht der EMU-Monitor-Gruppe heißt es dazu, die Verbindung der beiden Strategien laufe Gefahr, die Transparenz der Geldpolitik zu trüben.

Dem EMU-Monitor gehören außer Hagen und Neumann die folgenden Wirtschaftsprofessoren an: Patrick Artus (Sorbonne, Paris), Edward Bomhoff (Nijenrode University, Breukelen, Niederlande) und Alessandro Penati (Padua). Die Gruppe, die noch erweitert werden soll, will sich alle sechs Monate treffen, um die Politik der EZB zu kommentieren. Die vom ZEI organisierten Treffen, in denen auch Hintergrundpapiere erarbeitet werden, orientieren sich am Vorbild des „Fed watching“ in den Vereinigten Staaten, der wissenschaftlichen Bewertung von Entscheidungen der amerikanischen Zentralbank durch das sogenannte Monetary Policy Shadow Committee. Das erste Treffen des „EMU Monitors“ fand im Center for Financial Studies der Frankfurter Universität statt.

Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern wirtschaftspolitische Institutionen wie die OECD gemeinsam mit zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Europa, um dem Problem Herr zu werden. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, daß Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, daß der Begriff Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Debatte mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

Im Sommer 1998 begann Dr. Robert McCulloch mit dem Aufbau eines Forschungsprojektes in dieser Gruppe, das sich mit der Bedeutung der Flexibilität am Arbeitsmarkt beschäftigt.

Forschungsgruppe V: „Erweiterung der Europäischen Union“

Jerzy Buzek, polnischer Ministerpräsident, und Hans-Dietrich Genscher, Außenminister a.D., 3.2.1998

Studiengruppe „Weimarer Dreieck“ (v.l.: Janusz Reiter, Ludger Kühnhardt, Henri Menudier)

Zypern-Workshop, 24.4.1998 v.l.: Yannis Valinakis (Universität Athen), Ludger Kühnhardt (ZEI), Hasan Ünal (Bilkent Universität Ankara), Lothar Rühl (Universität Köln)

Neben originären Forschungsarbeiten und Beiträgen zur Diskussion gehört es zu den Zielen des Zentrums für Europäische Integrationsforschung im Blick auf die anstehenden EU-Beitrittsprozesse Beratungshilfen anzubieten und sinnvolle Beratungsstrategien zu entwerfen. Im Berichtszeitraum wurde ein Netzwerk an künftigen Kooperationspartnern aufgebaut, um die systematische Durchführung dieser Zielsetzung vorzubereiten.

Polens Ministerpräsident, Professor Dr. Jerzy Buzek, nutzte die Gelegenheit seines Antrittsbesuches in Deutschland im Februar 1998 zu einem Vortrag im Rahmen des „ZEI Europaforums“. Über 300 Teilnehmer folgten der Einladung des ZEI und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Der Vortrag (in den der ehemalige Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher einführte) wurde als Discussion Paper C6 unter dem Titel “Poland’s Future in a United Europe” veröffentlicht. Der Fernsehsender „Phoenix“ übertrug den Vortrag.

Im November 1998 wurde am ZEI eine Studiengruppe „Weimarer Dreieck“ konstituiert, die im Kontakt mit den Außenministerien Frankreichs, Deutschlands und Polens nach den Konstellationen und Zukunftspotentialen der 1992 durch die drei Staaten begründeten Zusammenarbeit fragt und konkrete Überlegungen für die Zukunft des „Weimarer Dreiecks“ entwickelt.

Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland und derzeit Direktor des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau, sprach im Kontext dieser Studiengruppe anläßlich eines „ZEI Europadialoges“ zum Thema „Eliten in Polen und Deutschland – Was sie verbindet und was sie trennt“. Im gleichen Rahmen sprach Marcin Zaborowski, Institute for German Studies, University of Birmingham, zum Thema “The Polish-German Relations in the Context of EU-Enlargement”. Jan Figel, Präsidiumsmitglied der Christlich-Demokratischen Partei der Slowakei, Präsident des Centrums für Europäische Politik, Bratislava, und inzwischen Staatssekretär im Außenministerium der Slowakei, sprach zum Thema „Die Slowakei: Innenpolitische Probleme und europäische Orientierung“ und Frau Dr. Moserova, Vizepräsidentin des Tschechischen Senats, zum Thema „Probleme der Transformation in der Tschechischen Republik“. Dr. Stoyan Stalev, ehemaliger bulgarischer Außenminister und Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter der bulgarischen Akademie der Wissenschaften, hielt im Rahmen eines „ZEI Europaforums“ einen Vortrag zum Thema „Die verfassungsrechtliche Entwicklung in Südosteuropa“. Er ist auch Autor des Band 6 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ mit dem Titel „Verfassungssysteme im Umbruch. Eine

Jerzy Buzek, Ministerpräsident von Polen, 3.2.1998.

rechtsvergleichende Untersuchung zu Bulgarien, Rumänien und Slowenien“.

Eine besondere Problematik im Zusammenhang mit den anstehenden Erweiterungsfragen der Europäischen Union bildete die Frage der möglichen Aufnahme der noch immer geteilten Mittelmeerinsel Zypern. Der Workshop “Looking into the Future of Cyprus – EU Relations” brachte namhafte Wissenschaftler der griechischen wie der türkischen Volksgemeinschaft auf Zypern sowie aus Griechenland und der Türkei mit deutschen Wissenschaftlern zusammen. Teilnehmer waren unter anderem Professor Dr. Lothar Rühl, Universität Köln und ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, sowie Experten der Europäischen Union und der Zypern-Beauftragte der britischen EU-Präsidentschaft, Sir David Hannay. Susanne Baier-Allen, M.A., editierte die Beiträge zu diesem Workshop und fügte sie mit weiteren wissenschaftlichen Analysen zum Band 5 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ zusammen.
Während der OSZE-Wahlbeobachtermission in der Slowakei in September 1998 nahm mit Dr. Matthias Pape, wissenschaftlicher Mitarbeiter, erstmals ein Vertreter des ZEI auf der Basis einer offiziellen Anfrage durch das Auswärtige Amt und die OSZE an einer entsprechenden Maßnahme der OSZE teil, die der Stabilisierung der Demokratisierungsprozesse in den Transformationsländern diente.

Wenige Tage vor dem Luxemburger EU-Gipfel vom 12. Dezember 1997 brachte das ZEI im Rahmen einer Konferenz führende Politiker der drei baltischen Republiken zusammen, die die Perspektiven ihrer Länder im Blick auf die von ihnen angestrebte Mitgliedschaft in der Europäischen Union darstellten. Estlands ehemaliger Ministerpräsident Mart Laar, Litauens Außenminister Dr. Algirdas Saudargas und Lettlands Außenminister Dr. Valdis Birkavs sprachen zum Thema „Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union“. Der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterstützte das Beitrittsbegehren der

Valdis Birkavs, Außenminister von Lettland, 27.11.1997

baltischen Staaten und stellte ihre Integration in den europäischen Einigungsprozeß als eine fundamentale moralische und politische Verpflichtung Gesamteuropas dar.

Die Vorträge des Baltikum-Workshops wurden vom Fernsehsender „Phoenix“ übertragen und als Discussion Paper (editiert von Dr. Frank Ronge) unter dem Titel „Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union“ veröffentlicht. In Fortführung der kontinuierlichen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der zukünftigen Integration der baltischen Staaten in die Europäische Union stand ein „ZEI Europaforum“ im November 1998 mit dem Staatspräsidenten Litauens, Dr. Valdas Adamkus. Er erläuterte die Perspektiven und Vorstellungen Litauens auf dem Weg in die europäischen Strukturen; sein Vortrag wird als ZEI Discussion Paper veröffentlicht.

Die Beschäftigung der Forschungsgruppe mit Fragen der Erweiterung der Europäischen Union fand auch in mehreren Discussion Papers ihren Ausdruck. Ein Discussion Paper

Valdas Adamkus, Staatspräsident von Litauen, 20.11.1998

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe V „Die Erweiterung der Europäischen Union“ (Auswahl)

Jürgen von Hagen und Andrej Kumar: “Coming to Terms with Accession”, European Policy Initiative Band II, CEPR und Institute for East West Studies, London, 1996.

Jürgen von Hagen: „Institutionelle Aspekte der Osterweiterung der EU“, in: Thomas König, Elmar Rieger und S. Schmidt (Hrg.): „Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung II“, Campus, Frankfurt, 1997.

Jürgen von Hagen: “East Germany: The Economics of Kinship”, in: Padma Desai (Hrg.): “Going Global: Transition from Plan to Market in the World Economy”, MIT Press, Cambridge, Massachusets, 1998.

Julius Horvath: “Exchange Rate Regimes in the Transition Economies: Case Study of the Czech Republic: 1990-1997”, ZEI Working Paper B98-11, Bonn, 1998.

Kenneth Smith und Charles Kroncke: “The Wage Effects of Ethnicity in Estonia” (forthcoming)

Kenneth Smith und Charles Kroncke: “Gender Wage Differences in Soviet and Transitional Estonia” (forthcoming)

Bernd Hayo: “Public Opinion on Transformation in Eastern Europe” (forthcoming)

Ludger Kühnhardt, „Die Türkei als logischer Partner Europas“, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 290, 13./14. Dezember 1997.

Ludger Kühnhardt: „EU: Wo Erweiterung und innere Reform kollidieren. Verwerfung in Sicht“, in: Rheinischer Merkur, Nr. 15, 10. April 1998.

Frank Ronge: „Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union“, ZEI-Discussion Paper C 1, Bonn, 1998.

von Tönis Lukas, Universität Tartu und Abgeordneter des estnischen Parlamentes, beschäftigt sich mit dem Thema „Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa“. Dr. Gabor Erdödy, ehemaliger ungarischer Botschafter in Deutschland und Regierungsbeauftragter für die Milleniumsfeiern des ungarischen Staates, verfaßte ein Discussion Paper zum Thema „Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns“ und Dr. Zbigniew Czachór, Direktor des Zentrums für Europastudien in Posen zum Thema „Ist Polen reif für die Europäische Union?“.

Die wirtschaftspolitische Forschung dieser Forschungsgruppe beschäftigte sich im Berichtszeitraum einerseits mit institutionellen Aspekten der Erweiterung, andererseits mit Arbeitsmarktentwicklungen in den Transformationsländern. Professor Jürgen von Hagen erörtert in zwei Publikationen die Gestaltung des Erweiterungsprozesses vor dem Hintergrund der Notwendigkeit des Aufbaus von Glaubwürdigkeit der Reformpolitiken in den Transformationsländern und der Verteilungsprobleme, die die Erweiterung erzeugt. Er argumentiert, daß der Erweiterungsprozeß flexibel gestaltet sein muß, um auf die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Erfordernisse der Beitrittsländer einzugehen. Eine gemeinsame Publikation mit Professor Andrej Kumar war Ergebnis einer Tagung der ”Economic Policy Initiative” des CEPR und des Instituts for East-West Studies. Dr. Bernd Hayo betrachtete in einer empirischen Untersuchung die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum EU-Beitritt in den Transformationsländern. Er zeigt, daß die Zustimmung zur EU wesentlich von makroökonomischen Entwicklungen wie Einkommenswachstum und Inflation bestimmt wird. Diese Ergebnisse weisen ebenfalls darauf hin, daß der Beitrittsprozeß die neuen Staaten nicht mit rigiden Anforderungen übermäßig belasten darf, da dies die politische Unterstützung des Prozesses gefährden kann.

Jürgen von Hagen, ZEI, und Tito Boeri, Bocconi Universität Mailand, 9.6.1998.

Dr. Kenneth Smith, der seit Sommer 1998 in dieser Forschungsgruppe arbeitet, befaßt sich in empirischen Arbeiten mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte in den baltischen Ländern. Im Zentrum seiner Arbeiten standen die Lohndiskriminierung gegen ethnische Minderheiten und die Lohnstruktur im Zusammenhang mit Arbeitserfahrung und Ausbildung. Seine Arbeiten zeigen, daß der Arbeitsmarkt im Baltikum zunehmend effizienter funktioniert in dem Sinn, daß Lohndifferentiale Produktivitätsunterschiede reflektieren.

Im Rahmen eines „ZEI Europadialogs“ hielt Professor Tito Boeri, Bocconi Universität Mailand, einen Vortrag zur Arbeitsmarktentwicklung in Zentral- und Osteuropa.

Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“

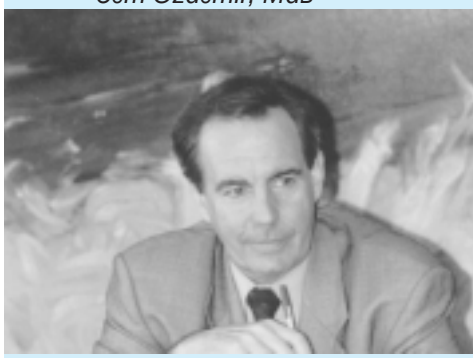
Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung dieser Gruppe beschäftigt sich mit der Rolle der Europäischen Union im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und der Handelspolitik der Union gegenüber anderen Ländern. Dazu gehört auch das Geflecht der Vertragsbeziehungen der Union gegenüber Drittländern und Gruppen von Drittländern. Die politikwissenschaftliche Forschung befaßt sich mit der Problematik der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, der geopolitischen Rolle Europas und dem Verhältnis Europas zu den GUS-Staaten. Weitere Schwerpunkte sind der euro-mediterrane Dialog sowie die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die spezifischen europäischen Beiträge zur Konfliktbewältigung in der Welt.

Im Mittelpunkt der Außenbeziehungen der EU beziehungsweise des Verhältnisses der Europäischen Union zu Drittstaaten stand im Berichtszeitraum die Beschäftigung mit der künftigen Perspektive und Orientierung der Türkei. Zwei Workshops mit namhaften amerikanischen, türkischen und deutschen Wissenschaftlern wurden den “Parameters of Partnership. The US – Turkey – Europe” gewidmet, zunächst im Oktober 1997 am American Institute for Contemporary German Studies in Washington D.C. und schließlich im November 1998 am ZEI. Als dritter Kooperationspartner trat die Middle East Technical University (METU), Ankara, zu dem Projekt hinzu. Die Ergebnisse des Bonner Workshops, an dem u. a. der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des türkischen Nationalversammlung, Murat Karayalcin, Staatssekretär Dr. Hans-Friedrich von Ploetz, Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland, und Carey Cavanaugh, ehemaliger Direktor für Southeast Europe und Zypernbeauftragter des US State Department, sowie Wissenschafter wie Dr. Graham Fuller und Dr. Stephen Larrabee, RAND Corporation, Professor Dr. Hüseyin Bagci und Professor Dr. Attila Eralp, Middle East Technical University, Professor Dr. Ali Karaosmanoglu, Bilkent University, und Dr. Heinz Kramer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Alan Makovsky, The Washington Institute for Near East Policy, sowie Dr. Günter Joetze, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, teilnahmen, werden in den „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ veröffentlicht.

Zur Problematik der Beziehungen der Türkei zur EU sprachen im Rahmen des „ZEI-Europadialoges“ Michael Lake, Botschafter der EU in der Türkei, zum Thema “The Future of the EU-Turkey-Relationship” und Professor Dr. Hüseyin Bagci, Middle East Technical University, Ankara, zum Thema „Die Türkei und die Europäische Union“.

Verschiedene Diskussions- und Forschungszusammenhänge waren der Frage der russischen Perspektiven in Europa und der Beziehungen Europas zu den zentralasiatischen Staaten beziehungsweise den Kaukasus-Republiken gewidmet. Besonders hervorzuheben sind die Forschungen von Professor Dr. Fedor Burlatsky, dem Vorsitzenden der Sektion Politische Wissenschaft im Präsidium der Russischen Akademie der Wissenschaft und ehemaligem Duma-Abgeordneten. Während seines Aufenthaltes als Senior-Fellow am ZEI traf er im Rahmen einer „ad-hoc Studiengruppe“ mit namhaften Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik zusammen, um über die Frage zu diskutieren, auf welche Weise Rußland

Hüseyin Bagci (Middle East Technical University, Ankara), Cem Özdemir, MdB



Stephen Larrabee, RAND Corporation

Ali Karaosmanoglu, Bilkent Universität, Ankara

Hans-Friedrich von Ploetz, Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Wolfgang Ischinger, seit Herbst 1998 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, 21.4.1998

Guido Lenzi, Direktor WEU Institute for Security Studies, 27.1.1998

Teilnehmer der ZEI-Konferenz "Synergy in Conflict Management", 17./18.6.1998, Strausberg

Buchpräsentation. V.l.: Ludger Kühnhardt (ZEI), Wolfgang Schäuble (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Hans-Gerd Pöttering (MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland), 2.12.1998.

in seinem derzeitigen beschwerlichen Transformationsprozeß von den westdeutschen beziehungsweise westeuropäischen Nachkriegserfahrungen Anregungen übernehmen könnte. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit von Professor Dr. Burlatsky am ZEI fließen in eine Studie für den russischen Ministerpräsident Primakow ein. Im Rahmen des „ZEI-Europa-dialoges" sprach Professor Dr. Fedor Burlatsky zum Thema "The Problem of Human Rights in Russia within the European Integration Process".

Namhafte Wissenschaftler und Praktiker aus unterschiedlichen euro-atlantischen Institutionen und aus dem Bereich von Nichtregierungsinstitutionen kamen auf Einladung des ZEI und der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr in Strausberg bei Berlin im Juni 1998 zu einem Workshop zusammen. Der Workshop war zugleich als Exkursionsseminar für 25 Studenten der Bonner Universität konzipiert. Ziel war es, über die Erfahrungen der verschiedenen Einrichtungen im Bereich von Konfliktprävention und Konfliktmanagement vor, während und nach dem Ausbruch von Minderheitenkonflikten und anderen Konflikten im Zusammenhang mit der Transformationsproblematik in Mittelost- und Osteuropa bzw. den GUS-Staaten zu beraten. Die Forschungsergebnisse und weitere für dieses Projekt verfaßte Beiträge wurden von Susanne Baier-Allen, M.A., als Band 9 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung" unter dem Titel "Synergy and Conflict Management" herausgegeben.

Von Mitte Dezember 1998 bis Mitte Januar 1999 nahm Peter Wittschorek, M.A, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, an der OSZE Wahlbeobachter-Mission in der Republik Kasachstan teil. Wegen der kurzfristigen Vorverlegung der für das Jahr 2000 geplanten Präsidentenwahlen auf den 10. Januar 1999 und der verweigerten Zulassung verschiedener Oppositionskandidaten sandte die OSZE keine Beobachtermission im üblichen Umfang in das zentralasiatische Land. Lediglich eine kleine Gruppe von acht Beratern vertrat die Organisation vier Wochen vor Ort in Almaty, der neuen Hauptstadt Astana sowie in den Regionen und verfaßte einen Bericht über den Verlauf der Vorbereitungen und den Wahlgang.

Die Bemühungen um die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurden auf unterschiedliche Weise im Zusammenhang mit Projekten des ZEI reflektiert und publiziert. Zu erwähnen sind vor allem die Discussion Paper von Guido Lenzi, dem Direktor des WEU Institute for Security Studies zum Thema "The WEU between NATO and EU", von Wolfgang Ischinger, inzwischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, zum Thema „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam – Praxis und Perspektiven", von Priv. Doz. Dr. Stefan Fröhlich, ZEI, zum Thema „Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO", und das Discussion Paper von Dr. Wim van Eekelen, Präsident der Europa-Bewegung der Niederlande, ehemaliger holländischer Verteidigungsminister und Generalsekretär der WEU, unter dem Titel „Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU".

Im Zusammenhang dieser Forschungsgruppe stehen auch das Discussion Paper von Professor Dr. Ludger Kühnhardt zum Thema „Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts. Grenzen, Aufgaben, Handlungsfähigkeit", das von Professor Dr. Ludger Kühnhardt und Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP und Präsident der Europa-Union Deutschland, verfaßte Buch „Kontinent Europa. Kern, Übergänge, Grenzen" (Zürich 1998), das durch den CDU/CSU-Fraktions-

vorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sowie der „ZEI Europadialog“ von Professor Dr. Roger Morgan, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, zum Thema „National Identities and Common European Foreign Policy: A Conflict?“

Dr. Igor Leshoukov, Sankt Petersburg Universität, verfaßte das Discussion Paper “Beyond Satisfaction: Russia’s Perspectives on European Integration”. Dr. Murat Laumulin, Wissenschaftler am Institute for Strategic Analysis in Almaty, Kasachstan und inzwischen Gesandter an der Botschaft von Kasachstan in der Bundesrepublik Deutschland, nutzte seine Zeit als Senior-Fellow am ZEI zum Abfassen einer Studie, die unter dem Titel „Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?“ als Discussion Paper veröffentlicht werden wird. Dr. Aschot L. Manutscharjan, ein aus Armenien stammender Wissenschaftler, setzte sich in dem Discussion Paper „Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven“ mit einem speziellen Problem des Kaukasus auseinander.

Mehrere Vorträge und Diskussionsprozesse im ZEI, die in verschiedene langfristige angelegte Forschungsprogramme einmünden, waren der Frage des Zusammenhangs zwischen Europa und andere Regionen bzw. Regionalisierungsbildungen in der Welt gewidmet. Besonders hervorzuheben sind das Discussion Paper von Simon Upton, stellvertretender Außenminister von New Zealand, unter dem Titel “Europe and Globalisation on the Threshold of 21st Century. A New Zeeland Perspective”; das Discussion Papier von Kant K. Bhargava, dem ehemaligen Präsidenten des South Asian Association of Regional Cooperation (SAARC) unter dem Titel “EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation”, das Discussion Papier mit dem Beitrag des Botschafters von Israel in der Bundesrepublik Deutschland, Avi Primor, zum Thema „Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union“ sowie das Discussion Paper von Professor Dr. Saadollah Ghaussy, Sofia Universität Tokyo, zum Thema “Japan and the European Union”. Alle genannten Discussion Paper sind aus Vorträgen im Rahmen des „ZEI-Europadialoges“ entstanden.

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in dieser Gruppe beschäftigt sich mit der Handelspolitik der EU und ihrer Stellung in der Weltwirtschaft. Professor John Maxwell, der das ZEI im 1. Halbjahr 1998 besuchte, verfaßte eine Arbeit über den Handel zwischen der Union und Rußland, in der besonders die Rolle des Handels mit militärischer Ausrüstung problematisiert wird. Dr. Stefan Lutz, ehemaliger Mitarbeiter am ZEI, organisierte Anfang 1998 eine Tagung zum Thema ”Labor Productivity, Product Quality, and Trade”, bei der namhafte europäische Wirtschaftswissenschaftler die Entwicklung der EU als wirtschaftlichen Standort erörterten. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage, inwieweit sich der traditionelle europäische Standortvorteil einer hohen Arbeitsproduktivität durch die Spezialisierung auf Produkte mit hoher Qualität ersetzen läßt. Angesichts der zunehmenden Produktivitätsgewinne der neuen Industrieländer in Asien und Lateinamerika könnte eine Strategie, die auf eine derartige Substitution abzielt, Europa eine langfristige Perspektive bieten. Die Konferenz zeigte, daß die Modelle zur Analyse von Wettbewerb auf qualitätsintensiven Märkten, die erst seit wenigen Jahren entwickelt werden, noch nicht genügend ausgereift sind, um wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen zu erlauben. Die Konferenz diente jedoch vor allem dem Ziel, europäischen Wissenschaftlern, die sich mit dieser neuen Forschungsrichtung befassen, ein Forum zum Austausch ihrer Ergebnisse zu bieten.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“ (Auswahl)

Jürgen von Hagen und Ingo Fender: “Central Banking in a More Perfect Financial System”, Open Economies Review 9, Kluwer, Dordrecht, 1998.

Jaleel Ahmad: “Trade with Low-Wage Countries and Wage Inequality”, ZEI Policy Paper B98-02, Bonn, 1998.

John W. Maxwell und Rafael Reuveni: “Free Trade and Arms Races: Some Thoughts Regarding EU-Russian Trade”, ZEI Working Paper B98-14, Bonn, 1998.

Stefan Lutz: “Can Taxing Foreign Competition Harm the Domestic Industry?”, ZEI Working Paper B98-15, Bonn, 1998.

Ludger Kühnhardt: „Gesucht: ein strategischer Ausgleich“, in: Die politische Meinung, Nr. 335, 42. Jahrgang, Oktober 1997.

Ludger Kühnhardt: “Avrupa Birliginin Yapilan–masi ve Almanya‘ nin Rolü” (Deutschlands Rolle in Europa), in: Dis Politika (Ankara), No. 1-2/1997.

Ludger Kühnhardt: “On Germany, Turkey and the United Staates”, in: Dennis L. Bark (Hg.): Reflections on Europe, Stanford, 1997.

Ludger Kühnhardt, Hans-Gert Pöttering: „Kontinent Europa. Kern, Übergänge, Grenzen“, Edition Interfrom, Zürich, 1998.

Ludger Kühnhardt: „Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts. Grenzen, Aufgaben, Handlungsfähigkeit“, ZEI Discussion Paper C22, Bonn, 1998.

Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Jan Sokol, tschechischer Minister für Erziehung, Jugend und Sport a.D., 23.3.1998

Witold Malachowski; Direktor des Forschungszentrum für deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen, Warschau, 23.3.1998

Zoran Djindjic, Präsident der demokratischen Partei Serbiens, 12.3.1998

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Forschungsgruppe „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ stehen Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Identität und europäischen Wertbildungsproblemen sowie Fragen des interkulturellen Dialoges. Hier konnten erste wichtige Projekte erfolgreich abgeschlossen werden, die ihrerseits Impulswirkung für die weitere Arbeit der Forschungsgruppe geben werden.

Im Rahmen der Grundthematik, welche kulturellen Bedingungen für das Lernen und die Vermittlung von Bildungsinhalten eine Rolle spielen, wurde bei einem Workshop im März 1998 die Frage thematisiert, auf welche Weise die bildungspolitischen und bildungstheoretischen Diskussionen in den Transformationsländern Mittelosteuropas Anregung und Maßstab für die entsprechenden Diskussionen in den „etablierten“ bildungspolitischen und bildungstheoretischen Landschaften in der Westhälfte des Kontinents, und vor allem in der Westhälfte Deutschlands, geben können. Namhafte Wissenschaftler, so Professor Dr. Franz E. Weinert, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungspsychologie, München, und Professor Dr. Hans Weiler, Rektor der Viadrina in Frankfurt/Oder, diskutierten im Rahmen dieses Workshops mit den Bildungsministern aus Bulgarien, Tschechien, Ungarn und Bildungstheoretikern aus Polen und Slowenien. Die daraus erwachsenen Analysen wurden von Andreas Beierwaltes für die Publikation „Lernen für das neue Europa: Bildung zwischen Wertevermittlung und High Tech“ (Band 2 der Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung) bearbeitet.

Im Zusammenhang mit verschiedenen wissenschaftlichen Diskussionsprozessen in Europa, die sich um den 150. Jahrestag der gesamteuropäischen 1848er Revolution bildeten, führten das ZEI, die Ungarische Akademie der Wissenschaften und das ungarische Sándor Petöfi-Literaturmuseum Literaturwissenschaftler und Literaturhistoriker aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen und Ungarn im April 1998 im Sándor Petöfi-Literaturmuseum, Budapest, zusammen. Ziel war es, auf der Basis kompetenter wissenschaftlicher Referate über den Zusammenhang zwischen europäischer Romantik und nationaler Identität im Blick auf das Sándor Petöfi-Gedenkjahr zu reflektieren. Die Beiträge zu diesem Projekt werden von Csilla Erdödy-Csorba im Sammelband „Europäische Romantik und nationale Identität. Sándor Petöfi und das literari-

Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie a.D., 16.9.1998

sche Erbe von 1848“ zusammengefaßt, der als Band 4 der Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung erscheinen wird.

V.l.n.r.: Boris Orlow, Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau); Karl Dietrich Bracher, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, (Bonn); Klaus-Dietmar Henke, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Dresden); 14./15.5.1998 in Moskau

Die Erfahrungen mit totalitären Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert gehören zu den zentralen Referenzpunkten bei der Auseinandersetzung mit Tradition und Zukunft der europäischen Identität. Das ZEI und die Russische Akademie der Wissenschaften konnten zu einer internationalen Konferenz im Mai 1998 in Moskau führende Historiker aus Deutschland (unter anderem Professor Dr. Karl Dietrich Bracher und Professor Dr. Hans-Adolf Jacobsen, beide Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Professor Dr. Klaus-Dietmar Henke, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Dresden, und Professor Dr. Eckhard Jesse, Universität Chemnitz), aus Frankreich (Professor Dr. Nicolas Werth, einer der Herausgeber des weit beachteten „Schwarzbuch des Kommunismus“) und Rußland (u. a. Professor Dr. Jakow Drabkin, Akademie der Wissenschaften, Roy Medwedijew, einer der führenden Dissidenten der siebziger und achtziger Jahre, und Frau Professor Dr. Tamara Morschtschakowa, stellvertretende Vorsitzende des russischen Verfassungsgerichtes) zusammenführen. Die aus diesem Projekt hervorgegangenen Aufsätze werden von Ludger Kühnhardt und Alexander Tschubarjan als Band 7 der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ veröffentlicht. Besondere Beachtung fand die halbtägige Begegnung der Fachhistoriker mit einem großen Kreis russischer Studenten der Geschichte und des Journalismus, bei der Grundfragen der Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit mit Blick auf die Grundlagen des künftigen Demokratieverständnisses in offenherziger Weise erörtert wurden. Die Presse nahm in beiden Ländern Kenntnis von dieser Begegnung.

Lea Ackermann, Gründerin der Initiative „Solwodi“ gegen europäischen und internationalen Frauenhandel, 13.10.1998

Im Blick auf die Zukunftsgestalt der europäischen Identität bleibt die Frage nach der Relevanz der geistigen und ideengeschichtlichen Traditionsbestände von aktueller Bedeutung. Professor Dr. Ludger Kühnhardt hat in seiner Monographie „Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend“ (Band 3 der

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ (Auswahl)

Andreas Beierwaltes: „Lernen für das neue Europa: Bildung zwischen Wertevermittlung und High Tech“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Band 2, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1998.

Ludger Kühnhardt: „Zukunftsdenker. Bewährte Entwürfe politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Band 3, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1998.

Ludger Kühnhardt: „Kulturen und Werte können Brücken bauen“, in: Die Welt, 2./3. Oktober 1997.

Ludger Kühnhardt: „Türkei: Mehr Toleranz bitte. Die EU-Mitgliedschaft darf keine weltanschauliche Frage sein“, in: Rheinischer Merkur, Nr. 1, 2. Januar 1998.

Ludger Kühnhardt: „Vom Eurozentrismus zum Zusammenprall der Weltkulturen?“, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 368, April 1998.

Frank Ronge: „Soziale Grundrechte in der Europäischen Union“, in: Die Neue Ordnung Nr. 51/1997.

Peter Wittschorek: „Der schwierige Weg zum antitotalitären Konsens“, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, Nr. 2, 1998.

Andreas Beierwaltes: „Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?“, ZEI-Discussion Paper C5, Bonn, 1998.

Zoran Djindjic: „Serbiens Zukunft in Europa“, ZEI Discussion Paper C10, Bonn, 1998.

Walter Schweidler: „Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa“, ZEI Discussion Paper C13, Bonn, 1998.

Dirk Rochtus: „Die belgische Nationalitätenfrage als Herausforderung für Europa“, ZEI Discussion Paper C17, Bonn, 1998.

Marco Bifulco: “In Search for an Identity for Europe”, ZEI Discussion Paper C27, Bonn, 1998.

Jürgen Rüttgers: „Europa. Erbe und Auftrag“, ZEI Discussion Paper C28, Bonn, 1998.

„Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“), eine intensive wissenschaftliche Reflexion mit der heutigen Relevanz des Denkens von Hannah Arendt, Alexis de Tocqueville, Thomas Hobbes, Niccolo Machiavelli, Aurelius Augustinus und Aristoteles auf der Basis einer Auseinandersetzung mit der internationalen wissenschaftlichen Diskussion an der Schwelle des Jahres 2000 vorgenommen.

Der serbische Oppositionsführer und Philosoph Dr. Zoran Djindjic präsentierte in einem „ZEI Europaforum“ seine Vorstellungen von der künftigen Stellung Serbiens in Europa. Dabei setzte er sich mit außenpolitischen und kulturwissenschaftlichen Fragestellungen auseinander. Seine Ausführungen sind als Discussion Paper „Serbiens Zukunft in Europa“ veröffentlicht worden.

Im Zusammenhang mit der Frage nach der europäischen Identität stehen auch die Discussion Paper von Marco Bifulco – “In Search for an Identity for Europe” – und von

Lutz Rathenow, Schriftsteller, 1.12.1998

Dr. Jürgen Rüttgers – „Europa. Erbe und Auftrag“; letzteres dokumentiert einen „ZEI-Europaforum“-Vortrag des ehemaligen Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Professor Dr. Marek Siemek, Direktor des Instituts für Philosophie an der Universität Warschau, nutzte die Gelegenheit seines Aufenthaltes als Senior Fellow am ZEI, Demokratie und Philosophie. Die Antike und das politische Ethos des politischen Denkens“ zu verfassen sowie eine demnächst in den „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ erscheinende Monographie zum Thema „Intersubjektivität und Vernunft“ zu vervollständigen.

Im Rahmen von Vorträgen während des „ZEI-Europadialoges“ fand die Frage nach der europäischen Identität immer wieder Niederschlag, so im Vortrag von Professor Dr. Hagen Schulze, Freie Universität Berlin, zum Thema „Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike“, im Vortrag von Privatdozent Dr. Volker Steinkamp, Universität Heidelberg, zum Thema „Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller zwischen beiden Weltkriegen“, im Vortrag von Professor Dr. David Schoenbaum, Universität von Des Moines, Iowa, zum Thema “The German Question and other German Questions” und im Vortrag des Schriftstellers Lutz Rathenow, Berlin, zum Thema „Von DDR-Bürger zum EU-Bürger“. Dr. Lea Ackermann, Gründerin der Initiative „Solwodi“ trug im „ZEI Europadialog“ zum Thema „Der Handel mit Frauen europaweit“ vor.

Darüber hinaus sprachen Dr. Anatolij Ponomarenko, Botschafter der Ukraine in Deutschland, zum Thema „Die europäische Orientierung der Ukraine“ und Simon Green, University of Portsmouth, zum Thema „Von der Staatsangehörigkeit zur europäischen Integration: Ein problemloser Übergang“. Professor Dr. Henri Menudier, Université de la Sorbonne Nouvelle, Paris, referierte über „Die deutsch-französische Zusammenarbeit in einem sich vereinigenden Europa“, und Dr. Dieter Chenaux-Repond, Botschafter der Schweiz in Deutschland, erläuterte seine Vorstellungen zum Thema „Die Schweiz und die Europäische Union“.

Weiterbildung

Aufbaustudium "Master of European Studies"

Im Mittelpunkt der Entwicklung eines Profils im Bereich der akademischen Weiterbildung des ZEI stand die erfolgreiche Realisierung des "Master of European Studies Program", das zum 1. Oktober 1998 begann. Der interdisziplinär angelegte, postgraduale Aufbaustudiengang zählt zu den innovativsten seiner Art in Deutschland.

Das Programm wurde Anfang 1998 in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt. Ziel ist es, die „Europafähigkeit" der Absolventen wirtschafts- und politikwissenschaftlicher und juristischer Studiengänge durch die Vermittlung weiterer fachlicher Kenntnisse über das grundständige Studium hinaus zu verbessern. Hochrangige Professoren und Praktiker aus dem In- und Ausland bereiten die Teilnehmer für eine nationale oder internationale Laufbahn in der europäischen Administration, der Wirtschaft oder der Politik vor. Dozenten im ersten Programmjahr waren unter anderem:

- PD Dr. Stephan Breitenmoser (Basel),
- Elmar Brok (Europäisches Parlament),
- Prof. Dr. Curt Gasteyger (Lausanne),
- Prof. Dr. György Granasztoi (Budapest),
- Prof. Dr. Henri Menudier (Paris),
- Prof. Dr. Patrick Minford (Cardiff),
- Prof. Dr. Willem Molle (Rotterdam),
- Prof. Dr. Neill Nugent (Manchester),
- Prof. Dr. William Paterson (Birmingham),
- Prof. Dr. Paolo Pombeni (Bologna),
- Dr. Wilhelm Schönfelder (Auswärtiges Amt),
- Prof. Dr. Piet Slot (Leiden).

Die Teilnehmer der Studiengangs 1998/1999 mit Dr. William Paterson, Birmingham, und PD Dr. Stefan Föhlich, ZEI.

Das Studium setzt sich in den Fächern Recht, Wirtschaft und Politik aus zwei viermonatigen Unterrichtsphasen und einem zwei bis dreimonatigem Praktikum, beispielsweise beim Auswärtigen Amt oder der Europäischen Kommission in Brüssel, zusammen.

Die Ankündigung des neuen Programms für das erste Jahr in der internationalen Presse fand ein großes Echo: über 300 Interessenten aus aller Welt meldeten sich bei der neu eingerichteten Koordinationsstelle des Programms am ZEI, 50 bewarben sich um einen Studienplatz, unter denen das ZEI schließlich seine Auswahl traf. Im ersten Programmjahr kamen 70 % der Studierenden aus Deutschland, 30 % aus den USA, dem asiatischen Raum und Mittel- und Osteuropa.

Unterstützung erhält das Programm von vielen Seiten: So hat der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft das Programm in seine Förderung innovativer postgraduierter Studiengänge aufgenommen, und auch die Studienstiftung des Deutschen Volkes hat Stipendienmittel in Aussicht gestellt. Das Auswärtige Amt hat zugesichert, den Absolventen des Studiengangs bei einer Bewerbung um eine Stelle im Höheren diplomatischen Dienst einen Bonus einzuräumen.
ZEI vergibt selbst keine Stipendien, bemüht sich aber um weitere Ansprechpartner. Ziel ist es, einen möglichst großen Teil der Kosten über Stipendien abzudecken.

Dauer, Aufbau und Inhalt des Studiums

Der Studiengang orientiert sich bezüglich der Gesamtstundenzahl, dem Verhältnis und der Folge von Grund- und Vertiefungskursen an international akzeptierten Standards für Graduierten- bzw. Masterstudiengängen. Die 360 Stunden verteilen sich auf vier Grundkurse im Umfang von insgesamt 120 Stunden und vier bis sechs Vertiefungskurse im Umfang von insgesamt 60 Stunden pro Unterrichtsphase. Das Programm wird zeitlich so ausgerichtet, daß es die Verpflichtung von hochrangigen Gastprofessoren aus dem In- und Ausland erleichtert. Die Grundstruktur liegt in Modulen bzw. intensiven Unterrichtseinheiten, soll aber auch andere Optionen wie das Angebot über das gesamte Semester laufender Veranstaltungen einkalkulieren. Jeweils mehrere Module können zu einem Kurs zusammengefaßt werden.

Lehrprogramm

Das Lehrprogramm vermittelt vertiefte Kenntnisse in den Bereichen der europäischen Integrationsgeschichte, des Institutionensystems der Europäischen Union, der europäischen Wirtschaft, des europäischen Wirtschafts- und Integrationsrechts sowie der Außenwirtschaftsbeziehungen der EU.

Die Grundkurse machen die Studierenden mit den historischen, politischen und ökonomischen Grundlagen der Europäischen Integration vertraut. Thematische Schwerpunkte in den Vertiefungskursen im Bereich der Politikwissenschaft sind die politischen Vorstellungen von Europa in der Gegenwart, insbesondere die Integrationskonzepte, die Entwicklung des Institutionensystems seit dem Brüsseler Vertrag und der verschiedenen aktuellen Politikfelder der Europäischen Union. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaft stehen die Wirtschafts-, Währungs- und Finanzverfassung der EU sowie die binnen- und weltwirtschaftlichen Grunddaten und Strukturmerkmale der europäischen Wirtschaft, das Währungssystem sowie konkrete Wirtschaftspolitiken der EU im Mittel-

punkt. Im Bereich der Rechtswissenschaften werden Verfassung und Aufgaben der Europäischen Gemeinschaften, Quellen und Strukturprinzipien des Gemeinschaftsrechts, dessen Rechtssetzung und Vollzug, die Grundfreiheiten des Binnenmarktes sowie ausgewählte Gemeinschaftspolitiken und die Instanzen der Gerichtsbarkeit untersucht.

Die Lehrveranstaltungen werden in der Regel in Englisch und in Ausnahmen in Deutsch durchgeführt. Einzelne Vertiefungskurse können auch in Französisch angeboten werden.

Zugangsvoraussetzungen und Sprachanforderungen

Für das Aufbaustudium können sich Studenten aus der ganzen Welt bewerben. Ausschreibungen erfolgen über Zeitungen und Universitäten (national und international) vor allem im EU-Raum, in den MOE-Ländern, den USA und dem asiatischen Raum. Bewerber bzw. Bewerberinnen müssen einen deutschen oder vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluß (Prädikatsexamen) in der Regel in einem für den Studiengang relevanten geistes-, sozial-, wirtschaftswissenschaftlichen oder juristischen Fach nachweisen. Um eine fundierte Ausbildung zu gewährleisten, kann nur eine begrenzte Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern (ca. 20 bis 25 Studenten) zugelassen werden.

Exzellente Sprachkenntnisse in Englisch müssen in der Regel durch eine Sprachprüfung nachgewiesen werden. Gute Kenntnisse in Französisch, wahlweise auch in einer anderen EU-Amtssprache, sind weitere Voraussetzungen für die Aufnahme in das Programm. Ausländische Studienbewerber, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, müssen vor Aufnahme des Studiums ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen.

Prüfung und Abschluß

Die Bewertung der Studienleistungen erfolgt auf der Basis der Ergebnisse der Abschlußarbeiten in den einzelnen Kursen beider Unterrichtseinheiten nach einem Punktesystem. Die Gesamtbewertung erfolgt auf der Grundlage der in den beiden Unterrichtseinheiten erbrachten Leistungen und einer schriftlichen Prüfungsarbeit im Umfang von 30 bis 35 Seiten, die zum Ende der zweiten Unterrichtseinheit vorliegen muß. Als Qualifikationsnachweis wird vom ZEI namens der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn der Titel “Master of European Studies” vergeben.

Junior Fellows Programm

Das “Junior Fellows Program” bringt Doktoranden zusammen, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Ludger Kühnhardt Promotionen zu politischen Fragen im Zusammenhang mit dem Forschungs- und Ausbildungsauftrag des ZEI verfassen oder die an anderen Universitäten bzw. unter auswärtiger wissenschaftlicher Betreuung zu einem Forschungsaufenthalt am ZEI weilen. In einem regelmäßigen Forschungsseminar werden Methodologie, Erarbeitungsstand und bisher unbewältigte Forschungsfragen vorgestellt und einer kritisch-konstruktiven Reflexion unterzogen. Im Berichtszeitraum nahmen 15 Doktoranden am Junior Fellows Programm teil. Eine Übersicht über Teilnehmer und Themen findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“.

Bonn Graduate School of Economics

Im Herbst 1998 wurde an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn das erste deutsche Doktorandenprogramm in Volkswirtschaftslehre nach angelsächsischem Muster gegründet. Das Programm bietet den Doktoranden in den ersten zwei Jahren eine intensive methodische Ausbildung in Mikroökonomik, Makroökonomik und Ökonometrie, das die Studenten an den aktuellen, internationalen Stand der Forschung heranführt und sie damit befähigt, in ihrer Dissertation einen Beitrag zur Forschung auf internationalem Niveau zu leisten. Das Programm wird gemeinsam mit den Partneruniversitäten London School of Economics, Universite Catholique Louvain-la-Neuve, Sorbonne (Paris), Pompeu Fabra (Barcelona) und Tel Aviv durchgeführt, an denen die Studenten einen Teil ihrer Kurse absolvieren können. ZEI beteiligt sich an diesem Programm einerseits durch das Angebot von Lehrveranstaltungen, andererseits durch die Vergabe von Dissertationsprojekten. ZEI leistet damit einen wesentlichen Beitrag zu einem innovativen Programm der Nachwuchsförderung in Deutschland.

ZEI Summer School in International Macroeconomics

Seit 1997 veranstaltet ZEI regelmäßig eine Sommerschule zu Themen der internationalen Makroökonomik. Die Sommerschule wird für fortgeschrittene Nachwuchswissenschaftler ausgerichtet. Teilnahmevoraussetzung ist der Vortrag einer eigenen Forschungsarbeit. 1997 konnten neben Professor Jürgen von Hagen, Direktor am ZEI, mit Professor Maurice Obstfeld (Berkeley), Dr. Dale Henderson (Federal Reserve Board of Governors, Washington, und Yale University) und Casper Devries (Tinbergen Institut Rotterdam) führende Wissenschaftler als Dozenten, die die Entwicklung der Forschung in den letzten Jahren maßgeblich bestimmt haben, für jeweils mehrere Vorlesungen gewonnen werden. 1998 war die Sommerschule mit den Professoren Andrew Rose (Berkeley), Matthew Canzoneri (Georgetown University) und Mark Taylor (Oxford University) ebenso hochkarätig besetzt. Teilnehmer an der Sommerschule sind jeweils 24 Nachwuchswissenschaftler aus Deutschland, Europa und Amerika. Der besondere Reiz der zweiwöchigen Sommerschule liegt in der Gelegenheit für diese Teilnehmer, ihre Forschung international führenden Wissenschaftlern vorzustellen. Die Sommerschule ist ein Beitrag zur Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung auf einem Gebiet, in dem die deutsche Forschung traditionell im internationalen Vergleich zurückliegt. Der jeweils beste Beitrag eines Nachwuchswissenschaftlers zur Sommerschule wird prämiert mit der Einladung zum „Konstanzer Seminar zur Geldtheorie und Geldpolitik“, einer vielbeachteten, jährlichen Konferenz zu Themen der internationalen Makroökonomik.

Geschäftsführung und zentrale Einrichtungen

Im Rahmen des Internationalen Wissenschaftsforums Bonn (IWB) verfügt das ZEI zusammen mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) über eine gemeinsame Geschäftsführung, die den Aufbau der Zentren wesentlich mitgestaltet hat. Die Geschäftsführung bildet neben dem gemeinsamen Koordinierungsausschuß eine weitere Klammer, mit der eine funktionierende Infrastruktur der Zentren unter Ausnutzung von Synergien sichergestellt wird. Die Geschäftsführung unterstützt und berät die Zentren in zentralen planerischen und operativen Belangen von Personal-, Beschaffungs- und Finanzwesen, Mittelakquisition, Programmen und Veranstaltungen, Dokumentation, Information und Kommunikation.

Das ZEI ist seit Mitte 1997 gemeinsam mit dem ZEF in einem universitätseigenen Gebäude im Regierungsviertel der Stadt Bonn untergebracht. Das Gebäude verfügt im Erdgeschoß über einen Konferenz- und einen Bibliotheksbereich sowie eine Kantine, zentrale Einrichtungen, die über die Geschäftsführung verwaltet und von beiden Zentren gemeinsam genutzt werden.

Anfang 1998 hat das ZEI mit dem Aufbau einer forschungsorientierten Institutsbibliothek begonnen. Die Bibliothek leistet einen wesentlichen Beitrag zum Angebot attraktiver wissenschaftlicher Arbeitsbedingungen. Bis zum Ende des Jahres 1998 wurden für die Bibliothek insgesamt 3000 Bücher und Dokumente angeschafft. Insgesamt liegt die Beherbergungskapazität der gesamten Bibliothek bei etwa 50.000 Monographien. Darüber hinaus verfügt die Bibliothek über mehrere Datenbanken, die von der Europäischen Kommission, der OECD und dem Internationalen Währungsfonds erstellt wurden. In der Zeitschriftenabteilung stehen bereits heute über 100 Publikationen, die sich mit Fragen der europäischen Integration beschäftigen, aus allen europäischen Ländern zur Verfügung. Dank der weitgehenden Verfügbarkeit von wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften in elektronischen Medien können die Benutzer der Bibliothek ebenfalls auf eine Vielzahl einschlägiger Zeitschriften in diesem Bereich zugreifen.

Die Attraktivität der Bibliothek und damit des ZEI als wissenschaftlichem Standort konnte durch die Verlagerung des Europäischen Dokumentationszentrums (EDZ) an das ZEI Ende 1998 wesentlich erhöht werden. Das EDZ umfaßt alle Dokumente, die die Europäische Kommission seit dem Jahre 1986 herausgegeben hat. Weiterhin hat die Bibliothek den Status einer OSZE Depository Library, einer Europarat Depository Library und einer Depository Library des Europäischen Parlaments. Die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank sind ebenfalls vorhanden. Dadurch bietet ZEI eine einzigartige Verfügbarkeit von Dokumenten und Materialien des gesamten Spektrums der europäischen Institutionen.
Die Bibliothek verfügt über 50 Arbeitsplätze im

Lesesaal sowie über PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang in einem abgetrennten Medienraum. Seit Januar 1999 ist die Bibliothek an bestimmten Tagen für Besucher des EDZ geöffnet.

Seit Mai 1998 hat das ZEI gemeinsam mit dem ZEF über das Studentenwerk der Universität Bonn für seine Gastwissenschaftler ein Gästehaus im Zentrum der Stadt Bonn angemietet. Das Haus verfügt über acht moderne Ein- und Zwei-Zimmer-Appartments. Zur Ausstattung gehören Telefon-, Kücheneinrichtung und TV-Anschluß. Weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Gäste des ZEI sind in den Wohnheimen des Studentenwerks, dem Gästehaus der Universität in Ippendorf, dem Gästehaus des Uniclubs in der Bonner Innenstadt und in Appartments der Alexander von Humboldt-Stiftung gegeben.

Zur Unterstützung der internen Kommunikation verfügt das ZEI über ein eigenes Computernetzwerk. Gemeinsam mit dem ZEF gibt ZEI seit Anfang 1998 monatlich unter dem Namen „im zentrum“ ein internes Informationsblatt heraus, das die Mitarbeiter und Gäste über neue Entwicklungen am ZEI und über Aktivitäten des Partnerinstituts ZEF unterrichtet.

Für die Außendarstellung des Zentrums wurden im Berichtszeitraum verschiedene Informationssysteme eingerichtet. Dazu zählt vor allem die ZEI-Homepage (www.zei.de), auf die seit Mitte Juli 1998 weltweit über das Internet zugegriffen werden kann. Die ZEI-Homepage, die in englischer und deutscher Sprache zur Verfügung steht, wird laufend aktualisiert und gibt Auskunft über alle Aktivitäten des Zentrums.

Im Dezember 1998 wurde die erste Ausgabe des ZEI*reports* veröffentlicht. Der ZEI*report* erscheint in englischer und deutscher Sprache mit drei Ausgaben pro Jahr und berichtet über laufende Entwicklungen am Zentrum für europäische Integrationsforschung. Der ZEI*report* wird in gedruckter Form und über eine E-Mail-Liste vertrieben und kann über die ZEI-Homepage auch direkt aus dem Internet heruntergeladen werden.

Zusätzlich wurden im Berichtszeitraum Informationsmaterialien über das Zentrum und den Studiengang “Master of European Studies” entwickelt.

Neben Pressemitteilungen, mit denen das ZEI Medienvertreter in regelmäßigen Abständen über die Aktivitäten des Zentrums informiert, konnten 1998 zahlreiche Journalistengruppen am ZEI begrüßt werden, die sich in Gruppen- und Einzelgesprächen intensiv über aktuelle Fragestellungen des europäischen Integrationsprozesses infomierten. In Interviews und mit schriftlichen Aufsätzen sowie Kommentaren äußerten sich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ZEI in regionalen, überregionalen und internationalen Tages- und Wochenzeitungen, in Hörfunk und Fernsehen sowie in der Fachpresse zu Fragen der Wirtschaftpolitik sowie der politischen, sozialen und kulturellen Dimensionen der europäischen Intergration. Einen Überblick über die Presseveröffentlichungen gibt der ZEI-Pressespiegel (1997-1998).

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten am ZEI werden als Policy Paper, Working Paper oder Discussion Paper veröffentlicht. Eine Übersicht findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“. Weiterhin fanden die Arbeiten ihren Niederschlag in einer Reihe von Einzelbeiträgen in namhaften Zeitschriften und Monographien oder als eigenständige Monographien. Seit Herbst 1998 gibt das ZEI die Buchreihe „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ im Nomos Verlag Baden-Baden heraus. Eine Zusammenstellung der bisherigen Veröffentlichungen findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“.

ZEI im Überblick

Organisation und Ansprechpartner

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Professor Dr. Christian Koenig

Direktor der Abteilung
„Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Sekretariat:
Tel. (02 28) 73-1891 / -1892
Fax (02 28) 73-1893
E-Mail: ch.koenig@uni-bonn.de
Internet: www.uni-bonn.de

Professor Dr. Jürgen von Hagen

Direktor der Abteilung
„Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Sekretariat:
Lisa Takacs-Werner
Hadya Eisfeld
Tel. (02 28) 73-9218
Fax (02 28) 73-1809
E-Mail: takacs@united.econ.uni-bonn.de
Internet: www.zei.de

Professor Dr. Ludger Kühnhardt

Direktor der Abteilung
„Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Sekretariat:
Chantal Pirang
Karin Ehrhardt
Tel. (02 28) 73-1810
Fax (02 28) 73-1818
E-Mail: L.Kuehnhardt@uni-bonn.de
Internet: www.zei.de

Koordinationsstelle “Master of European Studies“

PD Dr. Stefan Fröhlich
Koordinator

Sekretariat: Elena Giovio-Süling
Tel. (02 28) 73-1899
Fax (02 28) 73-1791
E-Mail: st.froehlich@uni-bonn.de

Geschäftsführung (IWB)

Dr. Hartmut Ihne
Geschäftsführer

Sekretariat: Sabine Paffenholz
Tel. (02 28) 73-7249
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: s.paffenholz@uni-bonn.de

Monika Reule
Information und Öffentlichkeitsarbeit

Sekretariat: Caudia Zang
Tel. (02 28) 73-1811
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de

Volker Merx
Bibliothek
Tel. (02 28) 73-1723
Fax (02 28) 73-5097

Ralf Meyer
Verwaltung
Tel. (02 28) 73-1847
Fax (02 28) 73-5097

Mitarbeiter und Fellows

Direktoren

Professor Dr. Jürgen von Hagen
Professor Dr. Christian Koenig (ab 1.4.1999)
Professor Dr. Ludger Kühnhardt

Forschungsgruppe 1: Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Mathias Pape *Universität Freiburg* *jetzt: Senat der Freien und Hansestadt Hamburg*	Oktober 97 – Oktober 98

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Marco Bifulco *Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali, Mailand*	Juni 98 – Juli 98
Dr. Jürgen Elvert *Universität Kiel*	seit Januar 99
Professor Roger Morgan *Europ. Hochschulinstitut Florenz*	September 98 – Oktober 98
Professor Drago Roksandic *Universität Zagreb, Kroatien*	Juli 98
Dr. Martin Seidel *Universität Bonn*	seit März 98

Junior Fellows

Name	Thema
Christoph Dorau	Die Verfassungsfrage in der EU
Tim Geiger	Großbritanniens EU-Beitritt
Marcus Höreth, M.A.	Die Legitimationsproblematik in der Europäischen Union
Deborah Kisatsky	The United States and the Nationalist Right in Europe (1945–1958)
Klaus von Lepel	Finnlands Option für Europa
Ramiro X. Vera-Fluixà	Föderalismus in der Europäischen Union
Martin Weber	Schweden und die Europäische Union
Peter Wittschorek, M.A.	Parlamentarismus in post-sowjetischen Staaten

Forschungsgruppe 2: Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Ellen Troska *Universität Köln*	seit September 1997

Senior Fellows

Name	am ZEI
Professor Robert Hauswald *Indiana University*	Juli 97 – August 98
Professor Thomas P. Lyon *Indiana University*	Mai 97 – Juni 97
Professor John Maxwell *Indiana University*	Januar 98 – Juni 98

Junior Fellows

Name	Thema
Beth Almeida *University of Massachusetts / ISEAD Fontainebleau*	Corporate Governments and Employment Outcomes in the Aircraft Engine Industry

Forschungsgruppe 3:
Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Ingo Fender *Universität Mannheim*	seit Oktober 96
Dr. Bernd Hayo *Universität Bamberg*	seit April 98
Dr. Rolf Strauch *Universität Konstanz* *jetzt: Deutsche Bundesbank, Frankfurt*	Oktober 96 – September 98
Dr. Jens Wächter *University of Georgia* *jetzt: Deutsche Bank Research, Frankfurt*	September 98 – April 99

Senior Fellows

Name	am ZEI
Professor Thomas Courchene *Queens University Kingston*	Mai 98 – Juli 98
Professor Roy Gardner *Indiana University*	Juli 97
Professor Marc Hallerberg *Georgia Institute of Technology*	Oktober 98
Dr. Dale Henderson *Board of Governors* *Federal Reserve System, Washington*	Juni 98
Dr. Robert Hetzel *Federal Reserve Bank of Richmond*	Juli 98
Professor Ken Kletzer *University of California, Santa Cruz*	Mai 97 – Juni 97
Professor Kenneth McKenzie *University of Calgary*	Juli 98
Professor Robin Pope *Australian National University*	März 98 – August 98
Eric Staal *John Hopkins University*	September 98 – Dezember 98
Dr. Volker Wieland *Board of Governors* *Federal Reserve System, Washington*	Juli 98 – August 98

Junior Fellows

Name	Thema
Dr. Bernd Kempa *Universität Essen*	Europäische Makroökonomik

Forschungsgruppe 4:
Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Robert MacCulloch *Oxford University*	seit Juli 1998

Forschungsgruppe 5:
Erweiterung der Europäischen Union

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Susanne Baier-Allen, *Universität Freiburg*	seit Oktober 97
Holger Gleich *Universität Mannheim*	seit Mai 97
Dr. Julius Horvath *University of Southern Illinois* *jetzt: Central European University Budapest/Tschechische Nationalbank*	Juni 98 – September 98
Dr. Kenneth Smith *Euro-Faculty Riga-Tartu*	seit Juli 98
Birgit Uhlenbrock *Universität Kiel*	seit Oktober 97
Dr. Christian Weller *University of Massachusetts, Amherst*	seit Juli 98
Dr. Marcus Wenig *Universität Trier*	seit November 1998

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Zbigniew Czachór *Zentrum für Europäische Forschung und Bildung*	August 98 – Oktober 98
Tönis Lukas *Universität Tartu, Estland*	April 98 – Juni 98
Professor Janno Reiljan *Universität Tartu, Estland*	März 98
Dr. Ivo Samson *Slovak Foreign Policy Association, Slowakei*	August 98 – September 98
Professor Andreas Theophanus *Research and Development Centre – Intercollege Nikosia, Zypern*	Januar 98

Junior Fellows

Name	Thema
Susanne Baier-Allen, M.A.	Zum Problem des Zypern-Konflikts
Gerd Föhrenbach	Die Westbindung der baltischen Staaten
Stefan Mecklenburg	Polen und die EU
Marcin Zaborowski	German Policy Towards East Central Europe. National Interests and the Eastern Enlargement of the EU

Forschungsgruppe 6: **Europas Rolle in der Welt**

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Stephan Lutz,. *Purdue Universität jetzt: Schweizerischer Bankverein, Zürich*	Mai 97 – Dezember 97
Peter Wittschorek *Universität Freiburg*	seit Oktober 97

Senior Fellows

Name	am ZEI
Professor Jaleel Ahmad *Concordia University Montreal*	Februar 98
Professor Hüseyin Bagci *Middle East Technical University, Ankara*	August 98
Professor Fédor Burlatsky *Russian Academy of Science, Moskau*	September 98 – Oktober 98
Dr. Stefan Fröhlich *Universität Bonn*	Januar 98 – Mai 98
Dr. Murat Laumulin *Inform.- u. Analysezentrum Kasachstan*	Oktober 97 – März 98
Dr. Igor Leshoukov *St. Petersburg State University*	Juli 98
Dr. Aschot Manutscharjan *Universität Bonn*	Juni 98
Ass. Professor Mohammed Moustafa *Cairo University Ägypten*	Juli 98 – September 98
Professor Horst Raff *Indiana University*	Juni 98
Dr. Anatoli Romanjuk *Political Research Centre, Ukraine*	August 98

Junior Fellows

Name	Thema
Johannes Beverungen	Die Trilaterale Kommission: Ein nicht regierungsamtliches Netzwerk, Europa-USA-Japan
Murat Erdogan	Die Europäische Union und die Türkei
Gerd Leutenecker	Die Wahrnehmung der Europäischen Union und ihrer weltpolitischen Rolle durch Australien
Julia Lossau	Die deutsche Nahost-Politik
Wolfgang Picken	Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in den europäischen Staatsverfassungen
Jan-Philipp Weisswange	Neue Orientierungen der atlantischen Sicherheitskultur

Forschungsgruppe 7: **Europäische Identität und der Dialog der Kulturen**

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Andreas Beierwaltes *Universität Freiburg*	seit Oktobet 97
Dr. Frank Ronge *Universität Freiburg*	seit Oktober 97

Senior Fellows

Name	am ZEI
Professor Jeffrey Herf *Ohio University*	Juni 98 – Juli 98
Dr. Dirk Rochtus *Handelshogeschool Antwerpen*	Juli 98
Professor Walter Schweidler *Universität Dortmund*	Februar 98 – März 98
Professor Marek Siemek *Universität Warschau*	September 98 – Oktober 98
Dr. Volker Steinkamp *Universität Bonn*	Juli 98 – September 98

Junior Fellows

Name	Thema
Andreas Beierwaltes, M.A.	Medien und Demokratie
Harald Franke	Europäisches Denken: Zur politischen Philosophie des René Marcic
Javier Moran	Die katholische Kirche unter der Herrschaft Francos
Dirk Moses	Neokonservatismus in Deutschland
Boris Shiryayev	Die ordnungspolitischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft aus der Perspektive des Transformationsprozesses in Kasachstan

Ausgewählte Veranstaltungen

Konferenzen und Workshops

1997

27.6.97
A Stability Pact for Europe

27. – 29.6.97
Fiscal Institutions and Fiscal Performance
In Zusammenarbeit mit National Bureau of Economic Research, Cambridge MA, USA

17. – 18.10.97
Monetary and Fiscal Policy in EMU
In Zusammenarbeit mit dem Center for Economic Policy Research (CEPR), London

23.-25.10.97
Workshop in Washington „Parameters of Partnership: USA-Turkey-Europe"
In Zusammenarbeit mit dem American Institute for Contemporary German Studies in Washington, D.C.

27.11.97
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union

1998

9. – 10.1.98
European Monetary Forum

23.1 – 24.1.98
Product Quality, Labour Productivity and Trade
In Zusammenarbeit mit dem Center for Economic Policy Research (CEPR), London

1.-2.4.98
Europa und die Herausforderung der Globalisierung
In Zusammenarbeit mit:
- *Universita Commerciale Luigi Bocconi, Mailand*
- *Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, Mailand*
- *Institut für Europäische Politik, Bonn,*
- *Botschaft der Republik Italien, Bonn*

23.3.98
Lernen für das neue Europa. Bildung zwischen Wertevermittlung und High Tech?

2. – 3.4.98
Europäische Identität und nationale Romantik. Das literarische Erbe von 1848
In Zusammenarbeit mit dem Sandor Petöfi-Nationalmusuem und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest

23. – 24.4.98
Looking into the Future of Cyprus-EU Relations

3. – 4.7.98
Institutions, Politics, and Fiscal Policy

13. – 15.5.98
Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens – Erfahrungen und Verpflichtungen
In Zusammenarbeit mit der Russischen Akademie der Wissenschaft in Moskau

26. – 27.5.98
Agenda 2000 – Herausforderungen an die europäische Union und an Deutschland

17. – 18.6.98
Synergy in Conflict Management. What can be learnt form recent Experiences?

1. – 2.7.98
Intranational Macroeconomics
In Zusammenarbeit mit der Federal Reserve Bank of New York

2. – 3.7.98
Empirical Studies of Environmental Policy

24. – 25.7.98
Common Money, Uncommon Regions

5. – 6.10.98
Constituting the European Union
In Zusammenarbeit mit dem Center for European Studies, University of Limerick in Limerick

8. – 10.10.98
Agenda 2010: Spanische und deutsche Perspektiven für Europa
In Zusammenarbeit mit dem Instituto de Cuestiones Internationales y Politica Exterior (INCIPE) und der Deutschen Botschaft in Madrid

4. – 5.11.98
Parameters of Partnership: The U.S. – Turkey – Europe
In Zusammenarbeit mit:
- *American Institute for Contemporary German Studies*
- *Middle East Technical University, Ankara*

6. – 7.11.98
Regionalism in Europe: Strategies and Geometries after 2000
In Zusammenarbeit mit:
- *Center for Economic Policy Research (CEPR), London*
- *Yvrö Jahnsson Stiftung, Helsinki*

12.11.98
Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner

Europaforum

1998

3.2.98
Poland's Future in a United Europe
Professor Jerzy Buzek, Ministerpräsident der Republik Polen

12.3.98
Serbiens Zukunft in Europa
Dr. Zoran Djindjic, Präsident der Demokratischen Partei Serbiens

25.3.98
The British Presidency of the EU and British European Policy
Doug Henderson, Britischer Staatsminister für Europaangelegenheiten

11. – 15.5.98
Die verfassungsrechtliche Entwicklung in Südosteuropa
Dr. Stoyan Stalev, Außenminister a.D., Botschafter der Republik Bulgarien

24.6.98
Die Perspektiven einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
Wim van Eekelen, Präsident der Europabewegung der Niederlande

16.9.98
Europa – Erbe und Auftrag
Dr. Jürgen Rüttgers, Minister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie a.D.

20.11.98
Europe as Unfinished Business – Lithua's Vision of its Role in the New Century's Continent
Valdas Adamkus, Präsident der Republik Litauen

Europadialog

1997

6.11.97
Die Türkei und die Europäische Union
Professor Dr. Hüseyin Bagci, Anakara

11.11.97
The German Question and other German Questions
Professor David Schoenbaum, Des Moines (USA)

18.11.97
Ungarns Identität und europäische Bestimmung
Dr. Gabor Erdödy, Budapest

8.12.97
Vergangenheitsbewältigung – eine russische Perspektive
Dr. Marianna Kortschagina, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau

1998

13.1.98
Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits
Dr. Stephan Kux, Europainstitut, Universität Basel

20.1.98
Cyprus and the European Union
Dr. Andreas Theophanous, Intercollege, Nikosia

27.1.98
The WEU between NATO and EU
Guido Lenzi, WEU-Institute for Security Studies, Paris

3.2.98
Possible Scenarios for Cyprus and their Implications
Ergün Olgun, außenpolitischer Berater des türkisch-zypriotischen Volksgruppenführers

10.2.98
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
Dr. Murat Laumulin, Center for Strategic Analysis, Kasachstan

17.2.98
Das Klonverbot des Europarates- Stand und Bewertung
Professor Dr. Walter Schweidler, Universität Dortmund

24.2.98
Neues Britannien – Neue Europapolitik?
Professor Dr. William Paterson, Institute for German Studies, Birmingham

3.3.98
Greece, the Balkans and the European Union
Professor Thanos Veremis, Hellenic Foundation for European and Foreign Policy, Athen

10.3.98
The Future of the EU-Turkey-Relationship
Michael Lake, EU-Botschafter in der Türkei

17.3.98
Ein hoffnungsloser Fall? Britisch-Deutsche Beziehungen 1990 – 1998?
Professor Anthony Nicholls, European Studies Centre, St. Anthony's College, Oxford

24.3.98
Italy's Fiscal Adjustment in Preparation for EMU
Professor Francesco Giavazzi, Bocconi Universität Mailand

31.3.98
Europe's Globalness at the Threshold of the 21st Century. A New Zealander View
Simon Upton, Umweltminister und stellvertretender Außenminister von Neuseeland

7.4.98
Japan and the EU
Professor Dr. Saadollah Ghaussy, Sophia Universität, Tokio

14.4.98
Von der Staatsangehörigkeit zur europäischen Integration: Ein problemloser Übergang?
Simon Green, Lecturer in European Studies an der University of Portsmouth

21.4.98
Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam – Praxis und Perspektiven
Min. Dir. Wolfgang Ischinger, Politischer Direktor des Auswärigen Amtes

28.4.98
Die europapolitischen Positionen und Perspektiven der Grünen
Christian Sterzing, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

5.5.98
Europe and South Asia in the 21st Century
K. K. Bhargava, ehemaliger SAARC Generalsekretär (Neu Delhi)

12.5.98
Die deutsch-französische Zusammenarbeit in einem sich vereinigenden Europa – Probleme und Perspektiven
Professor Dr. Henri Menudier, Université de la Sorbonne Nouvelle, Paris

19.5.98
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
Tönis Lukas, Abgeordneter der Staatsversammlung der Republik Estland

26.5.98
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
Professor Dr. Nikolaj Petersen, Universität Aarhus, Dänemark

2.6.98
Die Slowakei: Innenpolitische Probleme und europäische Orientierung
Jan Figel, Abgeordneter des Parlaments der Slowakei

9.6.98
Mediating the Transition: Labour Markets in Central and Eastern Europe
Professor Tito Boeri, Universita Bocconi, Mailand

16.6.98
Die europapolitischen Positionen und Perspektiven der SPD
Günter Verheugen, MdB (SPD-Fraktion)

23.6.98
Der Nagorno-Karabach-Konflikt: Grundproblematik und Lösungsperspekiven
Dr. Aschot Manutscharjan, Armenischer Kaukasus-Experte

30.6.98
Israels Erwartungen an die künftige außenpolitische Orientierung der Europäischen Union
Avraham Primor, Botschafter von Israel in Deutschland

7.7.98
Die europapolitischen Positionen und Perspektiven der CDU
Karl Lamers, MdB (CDU/CSU Fraktion)

14.7.98
Russia's Perspectives on European Integration
Igor Leshoukov, Universität Sankt Petersburg

8.9.98
Ist Polen reif für die Europäische Union
Dr. Zbigniew Czachór, Präsident des Zentrums für europäische Forschung und Bildung

15.9.98
Die Europäische Orientierung der Urkraine
Dr. Anatolij Ponomarenko, Botschafter der Ukraine in Deutschalnd

22.9.98
Die Schweiz und die Europäische Union
Dr. Dieter Chenaux-Repond, Schweizerischer Botschafter in Deutschland

29.9.98
Die Wiederkehr der Antike und die Identität Europas
Professor Dr. Hagen Schulze, Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin

6.10.98
National Identities and Common European Foreign Policy: A Conflict?
Professor Dr. Roger Morgan, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz

13.10.98
Der Handel mit Frauen europaweit
Schwester Dr. Lea Ackermann; Gründerin der Initiative SOLWODI gegen europäischen und internationalen Frauenhandel und Zwangsarbeit

20.10.98
The Problem of Human Rights in Russia within the European Integration Process
Professor Dr. Fedor Burlatsky, Vorsitzender des Politikwissenschaftlichen Rates am Präsidium der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau

27.10.98
Sozialphilosophische Perspektiven der europäischen Gegenwart
Professor Dr. Marek J. Siemek, Institut für Philosophie, Universität Warschau

3.11.98
Kroatien auf dem Weg zur europäischen Integration
Professor Dr. Zoran Jasic, Botschafter der Republik Kroatien in Deutschland

10.11.98
Eliten in Polen und Deutschland – was sie verbindet, was sie trennt
Janusz Reiter, Direktor des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau

17.11.98
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller zwischen beiden Weltkriegen
Dr. Volker Steinkamp, Universität Heidelberg

24.11.98
Denmark and EU after Amsterdam
Professor Dr. Nikolaj Petersen, Universität Aarhus

1.12.98
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger – Spezifische Integrationsschübe und Integrationshemmnisse aus der Sicht eines Schriftstellers
Lutz Rathenow, Schriftsteller

8.12.98
The Polish-German Relations in the Context of the EU-Enlargement
Marcin Zaborowski, Institute for German Studies, University of Birmingham

15.12.98
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Europäischen Rates in Wien
Botschafter Dr. Dietrich von Kyaw, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Brüssel

Seminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik

1997

23.7.97
An Experimental Study of Public Budgeting
Professor Roy Gardner, Indiana University, Bloomington

7.10.97
Migration in the EU
Dr. Bas van Arle, Universität Nijmegen

1998

16.1.98
EMU – An American Perspective
Professor David Andrews, Clarement Graduate School

9.2.98
Trade with Low Wage Countries and Inequality
Professor Jaleel Ahmad, Concordia University Montreal

12.2.98
The Convergence to EMU: Macroeconomic Simulations
Frank Bohn, Universität Heidelberg

13.2.98
Labor Force Participation in France
Dr. Etienne Wasmer, IIES, Stockholm

16.4.98
The Role of the Monetary Policy Committee
Professor Charles Goodhart, London School of Economics

7.5.98
The Pay-As-You-Go Pension System as a Fertility Insurance and Enforcement Device
Professor Dr. Hans-Werner Sinn, CES – Universität München

14.5.98
Global Income Divergence, Trade and Industrialisation: The Geography of Growth Takeoffs
Professor Philippe Martin, Graduate Institute of International Studies, Genf

10.5.98
A Model of Manufacturing Trade and the Exchange Rate
Dr. Robin Pope, Australian National University

28.5.98
Disinflation, Fiscal Policy and Seignorage. A Comparative Analysis of the EU-Countries 1970-1996
Dr. Eduard Hochreiter, Österreichische Nationalbank

9.6.98
Politics and the New Regionalism
Professor Horst Raff, Indiana University, Bloomington

10.6.98
Can Government Gold be put to Better Use?
Dr. Dale Henderson, Ferderale Reserve Board, Washington

2.7.98
The Stability Pact
Professor Harald Uhlig, Tilburg University

9.7.98
Endogenous Technological Change: Comment on Stability
Dr. Lutz Arnold, Universität Dortmund

22.7.98
The Measurement of R&D Tax Incentives
Kenneth McKenzie, University of Calgary

28.7.98
Excess Volatility of Foreign Exchange Rates
Professor Robert Hauswald, Indiana University Bloomington

30.7.98
US Monetary Policy
Dr. Robert Hetzel, Federal Reserve Bank of Richmond

10.7.98
Sovereign Debt as Intertemporal Barter
Professor Kenneth Kletzer, University of California, Santa Cruz

20.8.98
Monterary Policy at Near-Zero Interest Rates
Dr. Volker Wieland, Federal Reserve Board, Washington

1.9.98
The Evolution of Output in Transition Economies
Jeromin Zettelmeyer, International Monetary Fund

8.9.98
How Do Skilled and Unskilled Respond to Regional Shocks?
Antonio Spilimbergo, International Monetary Fund

29.10.98
FOCI: An Alternative Model for Europe
Professor Bruno Frey, Universität Zürich

5.11.98
EMU: The Challenges Ahead
Professor André Sapir, Université Libre de Bruxelles

26.11.98
Decision Rules in the ECB and Monetary Stability
Professor Paul de Grauwe, Katholieke Universiteit Leuven

17.12.98
Fiscal Policy, Deficits, and Politics of Subnational Governments
Professor Helmut Seitz, Europa-Universität Viadrina

Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum

1997

2. – 3.7.97
Employment and EMU
In Zusammenarbeit mit Centre d´Etude Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris

1998

12.-13.1.98
Exchange Rate Policy and the Role of the Euro
In Zusammenarbeit mit Centre d´Etude Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris

6.- 7.7.98
Labor Markets and Tax Policies under EMU
In Zusammenarbeit mit Centre d´Etude Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris

EMU Monitor Pressekonferenz

1998

9.7.98
ECB's future monetary policy strategy, and the monetary policy orientation for the EMU
mit:
- *Professor Patrick Artus, CDC, Universität Paris I*
- *Professor Eduard Bomhoff, Nijenrode Universität*
- *Professor Jürgen von Hagen, ZEI, Universität Bonn*
- *Professor Manfred J. M. Neumann, Universität Bonn*
- *Professor Alessandro Penati, Universität Padoa*

17.12.98
Outlook for the EMU's monetary policy, the ECB's monetary target, accountability and transparency of monetary policy and the lender of last resort function in the EMU
mit:
- *Professor Patrick Artus, CDC, Universität Paris I*
- *Professor Eduard Bomhoff, Nijenrode Universität*
- *Professor Jürgen von Hagen, ZEI, Universität Bonn*
- *Professor Manfred J. M. Neumann, Universität Bonn*
- *Professor Alessandro Penati, Universität Padoa*

Summer School

1997

28.7 – 8.8.97
International Macroeconomics
mit:
- *Maurice Obstfeld, University of California, Berkeley*
- *Casper de Vries, Tinbergen Institute, Rotterdam*
- *Dale Henderson (Federal Reserve Board)*

1998

3.8. – 14.8.98
International Macroeconomics
mit:
- *Andrew K. Rose, University of California, Berkeley*
- *Matthew Canzoneri, Georgetown University, Washington*
- *Mark Taylor, University of Oxford*

Junior Fellow Seminar

1997

13.10.97
Legitimitätsproblematik in der Europäischen Union
Marcus Höreth
Die Wahrnehmung der Europäischen Union und ihrer welt-politischen Rolle durch Australien
Gert Leutenecker
Die Trilaterale Kommission: Ein nichtregierungsamtliches Netzwerk Europa-USA-Japan
Johannes Beverungen

27.10.97
Die Westbindung der baltischen Staaten
Gerd Föhrenbach
Europäisches Denken: Zur politischen Philosophie von René Marcic
Harald Franke

10.11.97
Die deutsche Englandpolitik unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards
Tim Geiger
Die katholische Kirche Spaniens unter der Herrschaft Francos
Javier Moran

24.11.97
Die ordnungspolitischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft aus der Perspektive des Transformations-prozesses in Kasachstan
Boris Shiryayev

8.12.97
Medien und Demokratie
Andreas Beierwaltes
Zum Problem ethnischer Minderheiten in Europa
Susanne Baier-Allen

22.12.97
Schweden und die Europäische Union
Martin Weber
Zur Einwanderungspolitik der Europäischen Union
Christoph Dorau

1998

12.1.98
Föderalismus in der EU
Ramiro X. Vera-Fluixa
Finnlands Option für Europa
Klaus von Lepel
EU und die Türkei
Murat Erdogan

26.1.98
Die politische Programmatik in der russischen Duma
Peter Wittschorek
Neue Orientierungen der atlantischen Sicherheitskultur
Jan-Phillipp Weisswange
1968 and the Transformation of the German Public Sphere
Dirk Moses

20.4.98
Zum Problem ethnischer Minderheiten in Europa
Susanne Baier-Allen
Die Westbindung der baltischen Staaten
Gerd Föhrenbach

4.5.98
Legitimationsproblematik in der Europäischen Union
Marcus Höreth, M.A.

18.5.98
Europäische Union und die Türkei
Murat Erdogan
Europäisches Denken: Zur politischen Philosophie von René Marcic
Harald Franke
Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in den europäischen Staatsverfassungen
Kaplan Wolfgang Picken

8.6.98
Die politische Programmatik in der russischen Duma
Peter Wittschorek
Medien und Demokratie
Andreas Beierwaltes
Neue Orientierungen der atlantischen Sicherheitskultur
Jan-Phillipp Weisswange

22.6.98
Schweden und die Europäische Union
Martin Weber
Föderalismus in der Europäischen Union
Ramiro X Vera-Fluixà
Finnlands Option für Europa
Klaus von Lepel
Die deutsche Englandpolitik unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards
Tim Geiger

19.10.98
Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in der Bundesrepublik
Kaplan Wolfgang Picken
Eine Verfassung für die Europäische Union
Christoph Dorau

2.11.98
Föderalismus in der Europäischen Union
Ramiro X. Vera-Fluixa
Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS
Peter Wittschorek

16.11.98
Polen und die EU
Stefan Mecklenburg
Schweden und die Europäische Union
Martin Weber

30.11.98
Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitskultur
Jan-Phillipp Weisswange
Zum Problem ethnischer Minderheiten in Europa
Susanne Baier-Allen

14.12.98
Europäische Union und die Türkei
Murat Erdogan
Großbritanniens EG-Beitritt
Tim Geiger

Publikationsreihen

ZEI Policy Paper/Working Paper

B 1 (1997)
A Stability Pact for Europe (a Forum organized by ZEI) (Policy Paper)

B 2 (1997)
Employment and EMU (Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum/ Forum Economique Franco-Allemand) (Policy Paper)

B 3 (1997)
Tom Lyon and John Mayo: Liberalising European Markets for Energy and Telecommunications: Some Lessons from the US Electric Utility Industry (Policy Paper)

B 4 (1997)
Kenneth Kletzer: Macroeconomic Stabilization with a Common Currency: Does European Monetary Unification Create a Need for Fiscal Insurance or Federalism? (Policy Paper)

B 1 (1998)
Jürgen von Hagen: Budgeting Institutions for Aggregate Fiscal Discipline (Policy Paper)

B 2 (1998)
Jaleel Ahmad: Trade with Low-Wage Countries and Wage Inequality (Policy Paper)

B 3 (1998)
Jürgen von Hagen and Ingo Fender: Central Bank Policy in a More Perfect Financial System (Policy Paper)

B 4 (1998)
The EMU‘s Exchange Rate Policy (Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum/ Forum Economique Franco-Allemand) (Policy Paper)

B 5 (1998)
Bernd Hayo: Estimating a European Demand for Money (Policy Paper)

B 6 (1998)
Kenneth M. Kletzer: Monetary Union, Asymmetric Productivity Shocks and Fiscal Insurance: an Analytical Discussion of Welfare Issues (Policy Paper)

B 7 (1998)
John W. Maxwell: Designing Voluntary Environmental Agreements in Europe: Some Lessons from the U.S. EPA‘s 33/ 50 Program (Policy Paper)

B 8 (1998)
Bernd Hayo: Money-Output Granger Causality Revisited: An Empirical Analysis of EU Countries (Working Paper)

B 9 (1998)
Robert L. Hetzel: US Monetary Policy and Monetary Policy and the ESCB (Working Paper)

B 10 (1998)
Martin Seidel: Der Wettbewerb der Rechts- und politischen Systeme in der Europäischen Union (Policy Paper)

B 11 (1998)
Julius Horvath: Exchange Rate Regimes in the Transition Economies: Case Study of the Czech Republic: 1990-1997 (Working Paper)

B 11A (1998)
Rolf Strauch: Die Bewertung der „dauerhaft tragbaren öffentlichen Finanzlage“ der EU-Mitgliedstaaten beim Übergang zur dritten Stufe der EWWU (Policy Paper)

B 12 (1998)
Athanasios Orphanides and Volker Wieland: Price Stability and Monetary Policy Effectiveness when Nominal Interest Rates are Bounded at Zero (Working Paper)

B 13 (1998)
Jürgen von Hagen: Fiscal Policy and Intranational Risk-Sharing (Working Paper)

B 14 (1998)
Rafael Reuveny and John Maxwell: Free Trade and Arms Races: Some Thoughts Regarding EU-Russian Trade (Working Paper)

B 15 (1998)
Stefan Lutz: Can Taxing Foreign Competition Harm the Domestic Industry? (Working Paper)

B 16 (1998)
Labour Market & Tax Policy in the EMU (Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum/ Forum Economique Franco-Allemand) (Policy Paper)

ZEI Discussion Paper

C 1 (1998)
Frank Ronge (Hrsg.): Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union

C 2 (1998)
Gabor Erdödy: Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns

C 3 (1998)
Stephan Kux: Zwischen Isolation und autonomer Anpassung:Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?

C 4 (1998)
Guido Lenzi: The WEU between NATO and EU

C 5 (1998)
Andreas Beierwaltes: Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?

C 6 (1998)
Jerzy Buzek: Poland's Future in a United Europe

C 7 (1998)
Doug Henderson: The British Presidency of the EU and British European Policy

C 8 (1998)
Simon Upton: Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century. A New Zealand Perspective

C 9 (1998)
Thanos Veremis: Greece, the Balkans and the European Union

C 10 (1998)
Zoran Djindjic: Serbiens Zukunft in Europa

C 11 (1998)
Marcus Höreth: The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy

C 12 (1998)
Saadollah Ghaussy: Japan and the European Union

C 13 (1998)
Walter Schweidler: Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa: Stand und Bewertung

C 14 (1998)
Wolfgang Ischinger: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam – Praxis und Perspektiven

C 15 (1998)
Kant K. Bhargava: EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation

C 16 (1998)
Anthony J. Nicholls: Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?

C 17 (1998)
Nikolaj Petersen: The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam

C 18 (1998)
Aschot L. Manutscharjan: Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven

C 19 (1998)
Stefan Fröhlich: Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO

C 20 (1998)
Tönis Lukas: Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa

C 21 (1998)
Wim F. van Eekelen: Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

C 22 (1998)
Ludger Kühnhardt: Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts. Grenzen, Aufgaben, Handlungsfähigkeit

C 23 (1998)
Marco Bifulco: In Search of an Identity for Europe

C 24 (1998)
Zbigniew Czachór: Ist Polen reif für die Europäische Union?

C 25 (1998)
Avi Primor: Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union

C 26 (1998)
Igor Leshoukov: Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration

C 27 (1998)
Dirk Rochtus: Die belgische „Nationalitätenfrage" als Herausforderung für Europa

C 28 (1998)
Jürgen Rüttgers: Europa – Erbe und Auftrag

Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Veröffentlichungen 1998

Band 1: Frank Ronge: Legitimität durch Subsidiarität. Ein Beitrag zur Legitimation einer überstaatlichen politischen Ordnung ein Europa, NOMOS Verlag, Baden-Baden, 1998.

Band 2: Andreas Beierwaltes (Hrsg.): Lernen für das neue Europa: Bildung zwischen Wertevermittlung und High Tech? NOMOS Verlag, Baden-Baden, 1998.

Band 8: Peter Wittschorek (Hrsg.): Agenda 2000. Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland, NOMOS Verlag, Baden-Baden, 1998.

Band 9: Susanne Baier-Allen (Ed.): Synergy in Conflict Management. What can be learnt from recent experiences? NOMOS Verlag, Baden-Baden, 1998.

In Vorbereitung (Erscheinung 1999)

Band 3: Ludger Kühnhardt: Zukunftsdenker. Bewährte Entwürfe politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, NOMOS Verlag, Baden-Baden.

Band 4: Csilla Csorba Erdödy: Europäische Romantik und nationale Identität. Das literarische Erbe von 1848, NOMOS Verlag, Baden-Baden.

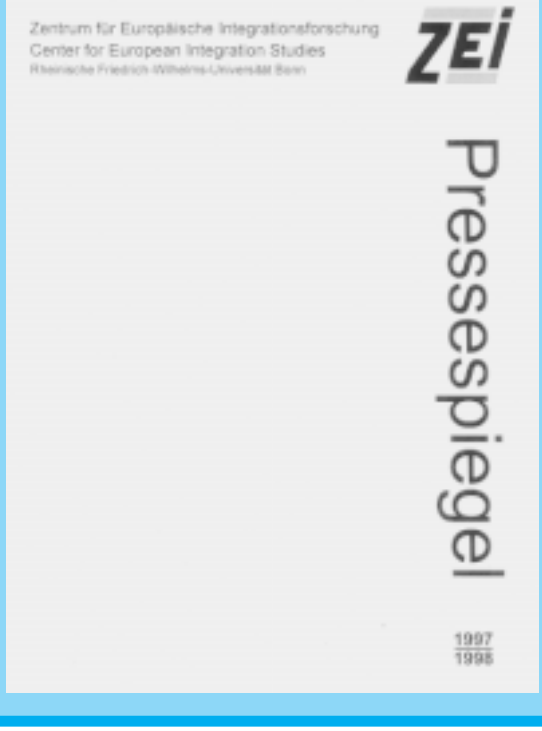
Band 5: Susanne Baier-Allen (Hg.): Looking into the future of Cyprus-EU relations, NOMOS Verlag, Baden-Baden.

Band 6: Stoyan Stalev: Verfassungssysteme im Umbruch. Eine rechtsvergleichende Untersuchung zu Bulgarien, Rumänien und Slowenien, NOMOS Verlag, Baden-Baden.

Band 7: Ludger Kühnhardt/Alexander Tschubarjan (Hg.): Rußland und Deutschland: Auf dem Weg zum antitotalitären Konsens, NOMOS Verlag, Baden-Baden.

Band 10: Marcus Höreth: Die Europäische Union im Legitimationstrilemma. Eine Untersuchung zur Legitimität des Regierens jenseits von Staatlichkeit, NOMOS Verlag, Baden-Baden.

ZEI-Pressespiegel 1997/1998



ZEI-Pressespiegel 1996 – 1998 (Auswahl)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.1997

Als Ansporn für den wissenschaftlichen Nachwuchs hat der Verein einen Preis gestiftet, der nach dem Begründer der Nutzen-Theorie, Hermann Heinrich Gossen, benannt ist. Die mit 20000 DM dotierte Auszeichnung, bei der es eine Altersgrenze von 45 Jahren gibt, wurde dieses Jahr an den Bonner Professor Jürgen von Hagen verliehen. Der Verein will künftig überdies Vorträge junger Mitglieder bei internationalen Konferenzen mit einem Beitrag von 1000 DM unterstützen, um die allzu geringe Präsenz hiesiger Ökonomen im meist englischsprachigen Diskurs zu verbessern. Schon 130 solcher Anträge wurden gestellt, die wohl alle dank vermögender Sponsoren finanziert werden können.

Kölnische Rundschau, 15.9.1998

Zentrum für Integrationsforschung jetzt auch im Internet

Brückenschlag zur Praxis

EB Bonn. Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung präsentiert sich seit kurzem mit einer eigenen Homepage im Internet. Unter der Adresse http://www.zei.de ist künftig online über das Zentrum Information möglich. Die ZEI-Seiten bieten allgemeine Informationen über Ziele, Aufgaben und Organisation des Zentrums sowie seine Mitarbeiter und Gäste. Unter dem Punkt „Arbeitsschwerpunkte" kann sich der interessierte Besucher über aktuelle Forschungsprojekte, Diskussionsforen und sonstige Aktivitäten informieren. Breiten Raum werden künftig auch die Veranstaltungs- und Publikationshinweise sowie der neu eingerichtete weiterführende Zusatzstudiengang „European Studies" einnehmen. Das Internet-Angebot, das sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache abgerufen werden kann, wird weiter ausgebaut und regelmäßig aktualisiert.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Die Gründung des ZEI und seines Partnerinstituts, des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) an der Universität Bonn im Mai 1995 trägt dazu bei, die Rolle Bonns als international anerkannter Wissenschaftsstandort zu stärken.

Mit seiner Arbeit verfolgt das Zentrum das Ziel, eine Brücke zwischen wissenschaftlicher Forschung und der praxisnahen, politikberatenden Arbeit zu schlagen.

Bonner Rundschau, 27.6.1997

Zentrum für Europäische Integrationsforschung nahm an Uni die Arbeit auf

Wissenschaftler treffen Praktiker

dbr Bonn. Manchmal klingt noch der amerikanische Akzent durch, wenn Professor Dr. Jürgen von Hagen spricht. Fünf Jahre hat der in Iserlohn geborene Wirtschaftswissenschaftler (41) in den USA gelehrt; amerikanische Hochschulwesen ein Vorbild, was er als Dozent in omington/Indiana oder an der versität von Kalifornien erfahren will er nun auch in Bonn prakh anwenden.

on Hagen ist der erste von drei eilungsleitern des Zentrums für opäische Integrationsforschung Abgeordnete, „denn hier werden die Entscheidungen vorbereitet."

Auch ein Internationales Forum zum Stabilitätspakt in Europa, zu dem heute im Uniclub unter anderem der Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Reimut Jochimsen, erwartet wird, gehört zum ZEI-Programm. In der nächsten Woche tagt erstmals in Paris das auf Initiative von Hagens gegründete Deutsch-Französische Forum für Wirtschaftspolitik.

Als Schwerpunkte seiner Arbeit in den kommenden Jahren nannte der ZEI-Abteilungsleiter die europäische Fiskalpolitik, das europäische Sozialsystem und die Erweiterung der Europäischen Union.

Als Weiterbildungsangebot für Doktoranden organisierte von Hagen mit seinen Mitarbeitern eine Sommerschule in der Landjugendakademie Röttgen, in der sich Nachwuchswissenschaftler „von Berkley bis Paderborn" in 14 Tagen mit internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Entwicklung der Fi-

Die Zeit, 22.1.1998

Bonn strengt sich an, das Beste aus dem Berlin-Umzug zu machen. Ein Beispiel für sinnvolle Verwendung der Mittel, die der Stadt aufgrund des Bonn-Berlin-Vertrages von 1994 zufließen, ist das neugegründete Zentrum für Europäische Integrationstorschung (ZEI) im Rahmen des Center for International Cooperation in Advanced Education and Research (cicero) der Universität Bonn.

Das ZEI wird von den Professoren **Jürgen von Hagen** und **Ludger Kühnhardt** geleitet. Obwohl die beiden erst seit kurzem in Bonn sind, hat das ZEI nicht nur den Forschungsbetrieb aufgenommen, sondern auch schon eine Fülle von Veranstaltungen organisiert, insbesondere zur Osterweiterung der EU und zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Bonner General-Anzeiger, 20.1.1998

ZEI-Europadialog: Die Schweiz ist Trittbrettfahrer

Eine neue Veranstaltungsreihe entwickelt sich zum Markenzeichen - EU-Integration wird vorausgedacht

Heiße Eisen zu schmieden betrachtet Professor Ludger Kühnhardt, seit Oktober Institutsleiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Uni Bonn, als wichtige Aufgabe des ZEI. Unbewältigte Fragen der europäischen Integration werden deshalb in einem eigenen Forum diskutiert.

Der „ZEI-Europadialog", der regelmäßig dienstagmittags zwischen 12.30 Uhr und 14 Uhr im Bonner Uni-Club gepflegt wird, verspricht, zu einem Markenzeichen zu werden. Bei einer Tasse Suppe und belegten Brötchen empfängt Kühnhardt kompetente Vertreter beitrittswilliger Staaten oder aus Institutionen, die im europäischen Vereinigungsprozeß eine Rolle spielen. Als Zuhörer ist jeder Interessierte willkommen – umso mehr, wenn er bereit ist, sich aktiv am Dialog zu beteiligen.

Das Besondere dieser Veranstaltung kommt schon in der Sitzordnung zum Ausdruck: Statt Stuhlreihen gibt es einen runden Tisch. Der einleitende Vortrag dauert nur eine halbe Stunde. So auch in der letzten Woche, als Kühnhardt den schweizer Politologen Dr. Stephan Kux eingeladen hatte, der sich zur Problematik des „ewigen Außenseiters" äußerte. Zu dem Thema „Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?" hatten sich rund 30 Interessenten eingefunden: Politiker, Professoren, Vertreter wichtiger Institutionen, Journalisten und Studenten trugen sich ins Gästebuch ein. Auch der schweizer Botschafter in Bonn, Dieter Chenaux-Repond, diskutierte engagiert mit.

Die Ausführungen von Stephan Kux waren sachlich und informativ sowie ohne jede Beschönigung. Quintessenz: Die Schweiz verhält sich im wesentlichen wie ein EU-Mitgliedsstaat, etwa, indem sie ihren Rechtsvollzug weitgehend mit dem EU-Recht harmonisiert. Doch die selektive Annäherung macht sie zum Trittbrettfahrer. Kux wog die Vorteile dieser Philosophie des Abwartens, wie Verwaltungsvereinfachung und Wegfall des Zeitdrucks, sorgsam gegen die Nachteile, die vor allem in der Abkopplung von wichtigen Entscheidungsprozessen bestehen, ab und deutete die Möglichkeit an, daß das schweizerische Kosten-Nutzen-Kalkül in dieser Frage bald anders aussehen könne.

In der Diskussion wurden wichtige Details deutlich: etwa, daß Europa in der Schweiz derzeit weder in den Medien, noch in den Studienplänen der Hochschulen eine Rolle spielt. Und daß die Europadiskussionen in den einzelnen Regionen der Schweiz unterschiedlich geführt werden. Der Botschafter übte Kritik am Zustand der EU, die sich „vom Ideal weg" bewege und bekräftigte, daß die Schweiz den Vollbeitritt nicht vollziehen, wohl aber in der Praxis mitarbeiten werde.

Der nächste ZEI-Dialog findet heute mit Politikwissenschaftler Dr. Andreas Theophanous aus Nikosia zum Zypern-Konflikt statt, und in der nächsten Woche stellt sich der Direktor des Pariser WEU-Institute for Security Studies, Guido Lenzi, den Fragen am runden Tisch. Das ZEI bittet um Anmeldung unter ☎ 73 18 01. (ldb)

Handelsblatt, 18.12.1998

EZB / Wissenschaftler fordern mehr Transparenz

„Die Zinssenkung war politisch motiviert“

HANDELSBLATT, Donnerstag, 17.12.98
mak FRANKFURT/M. Scharfe Kritik an der konzertierten Zinssenkung der europäischen Notenbanken vom 3. Dezember hat die unter dem Namen „EMU Monitor“ bekannte Gruppe europäischer Makroökonomen geübt. „Wir teilen nicht die Meinung, daß es für diesen Zinsschritt ökonomische Gründe gab“, sagte der Leiter der Gruppe, Jürgen von Hagen vom Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), vor Journalisten. „Wir glauben, daß die Zinssenkung politisch motiviert war. Man wollte Konflikte mit den Regierungen vermeiden und den Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) vermindern.“

schen Strategie in der Tradition der Bundesbank, auch wenn sie eine andere Terminologie verwende und damit das Verständnis unnötig erschwere. Bei beiden liege der Schwerpunkt auf einer quantitativen Orientierungsgröße für das mittelfristige Geldmengenwachstum, nur daß die EZB von einem Referenzwert spreche und die Bundesbank von einem Geldmengenziel. Beide dienten aber dem gleichen Zweck: Sie seien Anker für Inflationserwartungen. Außerdem werde der Referenzwert der EZB genauso abgeleitet wie das Geldmengenziel der Bundesbank. Beide berücksichtigten das reale Wirtschaftswachstum und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Bonner General-Anzeiger, 19.6.1997

Kritische Diskussion über die Stabilität des Euro

Wissenschaftler beraten über fiskalpolitische Kriterien

Bonn. (grh) Um die Stabilität der künftigen europäischen Währung und um ihre fiskalpolitischen Voraussetzungen ging es gestern auf einer Auftaktveranstaltung zu einer Tagung des Zentrums für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn.

Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank (LZB) in Düsseldorf und Mitglied im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, setzte sich kritisch mit dem in Amsterdam von den Staats- und Regierungschefs eschlos[illegible] Stabilitäts- und Wachstums-

Jochimsen sieht in den nur übertünchten Gegensätzen in wirtschaftspolitischen Grundfragen insbesondere über die Rolle der Geldpolitik ein künftiges Konfliktpotential in der EU. Die Europäische Zentralbank (EZB) sei zwar in der Geld- und Zinspolitik autonom, stehe jedoch weiterhin souveränen Regierungen in der Fiskal- und Sozialpolitik gegenüber. Die Kluft zwischen integrierter Geldpolitik und den weiterhin in nationaler Regie betriebenen Budgetpolitiken nannte Jochimsen ein hinkendes Konstrukt. Dem Stabilitätspakt fehle der Biß. Der politische Entscheidungsprozeß über eventuell zu verhängende Strafen könne über Jahre hinausgezogert werden

Neue Zürcher Zeitung, 28.11.1997

Bringt die EU Spannung ins Baltikum?

Fragen zur Auswahl der Beitrittskandidaten

Gy. Bonn, 27. November

Exponenten der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen haben sich am Donnerstag in Bonn an ein breiteres Publikum gewandt, um vor einem allzu willkürlichen Vorgehen bei der Erweiterung der EU zu warnen. An einer Veranstaltung des *Zentrums für Europäische Integrationsforschung* in Bonn haben die Vertreter aus den drei Staaten, die eine baldige Mitgliedschaft in der EU anstreben, gleichsam ein Signal an die EU-Spitze übermittelt, das zeitlich insofern geschickt placiert war, als der Europäische Rat am 12. und 13. Dezember über den Kreis der nächsten Beitrittskandidaten entscheiden soll.

Mart Laar, der frühere Ministerpräsident von Estland, Lettlands Aussenminister *Valdis Birkavs* sowie sein litauischer Kollege *Algirdas Saudar-*

trittskriterien jüngst etwas besser gerecht geworden sei als Lettland und Litauen.

Estland zählt zu den fünf Staaten, mit denen die Brüsseler Verwaltung die kommende Runde der *Osterweiterung* in Angriff nehmen möchte. Die Politiker aus dem Baltikum betonten in Bonn, dass die Aussicht auf eine rasche Aufnahme von Verhandlungen in allen drei Ländern der Stimmung zugute käme. Wenn die EU hingegen einen einzelnen Staat herauspflücken würde, sähen sie dies mit einer objektiven und transparenten Einschätzung und Auswahl durch die EU nur schwer vereinbar, zumal etwa die wirtschaftlichen Daten keine Aufteilung der Gruppe nahelegen würden.

Gewiss, die Politiker wiesen darauf hin, dass die Zusammenarbeit unter den Ostseestaaten auch dann intensiv fortgeführt würde, wenn die EU einen der Partner gleichsam heraushebe

FOCUS, 8.12.1997

STANDPUNKT

Die Osterweiterung klug organisieren

Europäische Union muß erst zu innerer Geschlossenheit finden

von Ludger Kühnhardt

Die Welt, 26.3.1998

DIE ANDERE MEINUNG

Auf den Euro folgen zwei weitere Visionen

Von LUDGER KÜHNHARDT

Im Zentrum der europäischen Tagesordnung des Jahres 1998 steht der Beschluß über die Teilnehmerstaaten des Euro. Anfang Mai wird darüber von den Regierungschefs der EU mit qualifizierter Mehrheit entschieden. So sehen es die Verträge vor, die auch in Deutschland ratifiziert sind und Geltungskraft haben. Der Euro wird die Marktordnung vervollkommnen, zu der hin die sechs Gründungsmitglieder der EWG 1957 aufgebrochen waren. (Römische Verträge vom 25. März 1957) Die durch den Am-

muß sich daher die entsprechenden Instrumente schaffen, um den selbstgesetzten Zielen tatsächlich gerecht werden zu können. Das gewachsene Europarecht mag man dazu rechnen, die in Entwicklung begriffene europäische Polizei Europol und – wer den Optimismus in dieser Frage nicht verloren hat – die Ansätze einer „gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“.

Für das Ziel der Marktunion wurde der Euro zum Inbegriff. Der Euro ist zum Inbegriff einer Vision geworden, die dem programmatischen Ziel der Wirtschaftsunion

Die Presse, 13.11.1998

„Keine EU-Lokomotive für die Nachbarn“

Das Österreich-Symposium in Bonn zeichnete ein kritisches Bild der österreichischen Rolle in Europa.

Von unserem Korrespondenten
EWALD KÖNIG

BONN. Musternoten waren es nicht, die Österreich-Experten ihrem Land für seine Rolle seit der Wende in Europa gaben. Auf einem Symposium in Bonn sprachen der Politikwissenschaftler Anton Pelinka, Ex-Vizekanzler Erhard Busek und andere Referenten auf Einladung des Zentrums für Europäische Integrationsforschung durchaus selbstkritisch über „Österreich – von der Monarchie zum EU-Partner“.

Pelinka räumte mit der Vorstellung auf, Österreich könne eine Art Lokomotive für seine EU-beitrittswilligen Nachbarn sein. Bestenfalls sei Österreich keine wirksame Bremse für die Beitrittskandidaten. In der EU und in den USA habe man gedacht, das Land sei auf Grund seiner historischen und geographischen Nähe ein besonderer Anwalt für die Beitrittskandidaten aus Mitteleuropa. „Gerade wegen dieser Nähe ist das nicht so“, erläuterte Pelinka, „weil diese auch einen Abgrenzungsbedarf notwendig macht.“ Pelinka sieht für Österreich, wenn es weiterhin ein Sonderfall bleiben will, die Gefahr, zunehmend als Störfaktor wahrgenommen zu werden.

Auch Erhard Busek ließ Skepsis durchblicken. Er hält ebenfalls nichts von Schlagworten wie „Drehscheibe“, „Brückenfunktion“ oder „wieder eine Rolle spielen“. Österreichs Aufgabe sei es, ein guter Nachbar und ein guter Dolmetsch zu sein, „aber da müssen wir auch die Sprache verstehen“. Die Österreicher seien in den Zug nach Brüssel eingestiegen, aber noch nicht ganz angekommen. Der gegenwärtige Pessimismus gegenüber der Erweiterung sei nur temporär, die Stimmung sei beim österreichischen EU-Beitritt und in der Euro-Frage genauso schlecht gewesen.

Volker Kier, Abgeordneter des Liberalen Forums, erläuterte seinen Befund von der steckengebliebenen Demokratie Österreichs und seine Sorge, daß die Ostöffnung innenpolitisches Wahlkampfthema werde, bei dem sich leicht Ängste erzeugen ließen. Wäre die Öffnung des Ostens im Jahr 1989 schon etwas früher in Gang gekommen, glaubt Kier, wäre der Brief an Brüssel vom Juli 1989 mit dem Beitrittsansuchen „wahrscheinlich nicht geschrieben worden“, weil man eine unsichere Phase befürchtet hätte.

Bonner Rundschau, 28.5.1998

Konferenz zum Thema „Agenda 2000“ mit EU-Kommissions-Präsident Jacques Santer als Festredner

Visionen vom geeinten Europa

Kooperationspartner

Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, Strausberg/Berlin
Alexander von Humboldt Stiftung, Bonn
American Institute for Contemporary German Studies, Washington, D. C.
Auswärtiges Amt, Bonn
Bocconi Universität, Mailand
Centre d'Etude Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris
Centre for Economic Policy Research (CEPR), London
Center for Europe, Warsaw University
Center for European Studies, University of Limerick
Deutsche Botschaft, Madrid
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Bonn
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Köln
Institut „Zukunft der Arbeit", Bonn
Instituto de Cuestiones Internacionales y Política Exterior (INCIPE), Madrid
Konferenz der Deutschen Akademien der Wissenschaften, Mainz
Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
Middle East Technical University, Ankara
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Wien
Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau
Sandor Petöfi Nationalmuseum, Budapest
Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen
Studienstiftung des Deutschen Volkes, Bonn
Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Impressum

Herausgeber:	Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) Walter-Flex-Straße 3 53113 Bonn Telefon: (02 28) 73 18 46 Telefax: (02 28) 73 50 97 e-mail: zei@uni-bonn.de Internet: www.zei.de
Redaktion:	Monika Reule
Satz/Layout/ Repro:	Horlemann Verlag, Unkel/Rhein
Druck:	Plump, Rheinbreitbach
Bildnachweis:	alle ZEI bis auf: Foto Blau, Bonn (3) Eric Lichtenscheidt (3, 18, 29, 30 ,32, 33, 34) Landeszentralbank NRW (17)